MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Ausgabe für Groß-Berlin

10 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 2. November 1925
Montag Abend

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30—32. Fernsprecher: Amt Nollendorf 4783—88, 5980—88. Postscheck Berlin Nr. 107941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Wert * Kraft und Stoff Wirtschaft und Recht Weltverkehr * 9413 im Bilde.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank. Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Nachlieferung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif

64. Jahrgang
Nr. 517
2. 11. a
10 Pfennig

Explosionsunglück auf Zeche „Holland".

17 Bergleute getötet.

ng. Wattenscheid, 1. 11. (Eigenbericht.)

Von dem Förderturm der Schachtanlage 1/11 der Zeche „Holland" wurden schwere Fahrten im Wattenscheider Sonntagsblatt Nr. 44 gemeldet. Ein schweres Unglück hat dieses zum Pfingst-Kongress gehörende Zeche heimgesucht. Durch eine Schlagwetterexplosion wurden Staunabend abend gegen 8½ Uhr 17 Knappen, von denen 14 verschüttet sind, mitten in der Arbeit vom Tode überrascht.

Die Unglücksstelle wurde sofort verbreitete sich sehr schnell, und bald waren die Tore der Zeche von Tausenden von Knappenfrauen und Kindern umlagert. Gleich nach Bekanntwerden des Unglücks fuhren die Rettungsmannschaften der Schachtanlagen 1/11 und III/IV der betroffenen Zeche ein. Namen nahmen sich da der benachbarten Zeche „Rhein-Elbe" an. Der ausländische Bergrevierbeamte und Generaldirektor Bergassessor Schulze-Bujard bewohnt nicht weit von der Unglücksstelle und leitete die Rettungsarbeiten. Die Knappen des Nachbarvereins wurden sofort zuzüge befördert. Die Rettungsarbeiten sehr nicht eilig.

Die Explosion war furchtbar, Wagen waren übereinandergetürmt, die Strecke zu Bruch gegangen. In mühsamer Arbeit gelang es, an den Herd des Unglücks vorzudringen. Bis 3½ Uhr morgens hatte man alle Zoten geborgen. Die Verletzten unter ihnen befand sich der Steiger des Reviers. Die Verunglückten wurden in das Knappschaftskrankenhaus in Ueckendorf gebracht und dort aufgebahrt.

Die Ursache des Unglücks ist noch nicht festgestellt. Man vermutet, daß ein Sprengschuß abgegeben worden ist, doch steht Zuverlässiges noch nicht fest. Die Zeche war aufs modernste eingerichtet. Die Belegschaft war ausnahmslos mit elektrischen Grubenlampen ausgerüstet; auch hatte man das Gesteinsstaubverfahren eingerichtet. Durch diese Gesteinsstaubsäcke ist verhütet worden, daß die Explosion sich auf weitere Reviere ausgedehnt hat. Noch einige Tage vor dem Unglück hatte der Bergrevierbeamte die Unglücksstelle besahren und alles in bester Ordnung befunden. Die Schachtanlage 1/11 beschäftigt 1500 Mann Belegschaft. Bisher war die Grube von größeren Unglücken verschont geblieben. Angesehen von dem Seilzerreißunglück 1870, wobei ein Förderkorb in die Tiefe stürzte und neben einigen Zoten 30 Schwerverletzte zu beklagen waren, hat sich nur im Jahre 1905 ein Unglück ereignet, bei dem fünf Knappen zu Tode kamen.

Der amtliche Bericht.

Essen, 1. 11. Das Oberbergamt Dortmund teilt mit:

Auf der Schachtanlage Holland 1/11 hat am Sonnabend, den 31. 10., gegen Ende der Mittagsschicht eine Explosion stattgefunden, bei der 17 Bergleute getötet worden sind. Die Explosion hat eine Abteilung zwischen der achten und neunten Sohle betroffen, in der die untere Wettersohle im Flöz Dickebank abgebaut wurde. Der Entzündungsherd hat schwere Gebirgsschläge im Flöz Dickebank vorausgegangen, das als Hangendes eine etwa 10 Meter mächtige feste Sandsteinbank hat. Die betreffenden Baue waren durch Gleichfaßen und zwar durch Sperren und Streuung gesichert. Diese Sicherung hat ihre volle Schuldigkeit getan, da die Explosion über ihre eigenen Herd nicht hinausgeschlagen hat. Die Wirkung hat sich nach dem bisherigen Befund anscheinend lozar nur auf eine Hauptstrecke beschränkt. Die ganze Belegschaft ist mit elektrischen Lampen ausgerüstet. Die Toten sind sämtlich geborgen. Einer der beiden Verletzten schwebt in Lebensgefahr. Der zweite ist nur leicht verletzt. Weitere Verletzte sind nicht geschehen. Die betreffenden Baue sind mit Bruchbau versetzt Stellen, die zu Bruch gegangen sind, wieder befahrbar. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht festgestellt werden. Es wird jetzt versucht, das Feld in um eine Explosion von schlagenden Wettern handelt. Die herabbrechende Unterbaum ist im Gange. Der Bergbehörde sind von Vertretern der Bergbehörde ist an Ort und Stelle.

Weiter wird aus Essen gemeldet:

Nach der ersten Besahrung des Unglücksschachtes Holland wurde die Bergbehörden sind Sonntag nachmittag gegen 1 Uhr abermals zwei Untersuchungskommissionen, die eine unter Führung des Bergrevierbeamten Dr. Overbeck, die andere unter Führung des Oberbergrats Schlatmann, in verschiedene Schächte zur Untersuchung der Explosionskatastrophe einesfahren. Nach der Ausfahrt zwischen 5 und 6 Uhr nachmittags ergab sich jedoch noch keine abschließende Klarstellung über die Ursache des Unglücks. Es werden daher die Untersuchungen unter Mitwirkung der Staatsanwaltschaft fortgesetzt.

In dem Befinden des einen der beiden Verletzten ist eine Besserung eingetreten, so daß zu hoffen ist, ihn am Leben zu erhalten.

★

In einem Kohlenbergwerk in der Nähe von Swansea in England verunglückten 10 Bergleute, von denen einer getötet und neun verletzt wurden.

Das Jüterbogter Unglück.

Die Untersuchung des Jüterbogter Unglücks vom 29. Oktober hat ergeben:

Es waren alle Sicherheitsmaßnahmen getroffen, sowar über die gegebenen Bestimmungen hinaus, so daß weder die Betriebsleitung noch die Arbeiter Beschuldigungen trifft.

Es ist mit Sicherheit festgestellt worden, daß das Unglück durch einen Fehler am Material infolge mangelhaften Beschaffenheit eines aus dem Jahre 1917 stammenden, bisher unbeschossenen Laufes entstanden ist.

Die Erfahrungen des Krieges haben es nötig gemacht, auch bei den Uebungen mit schweren Infanteriewaffen vorliegende Schützenlinien zu überschießen. Nun muß jedes Rohr einmal in ein Unglücksfall wie in Jüterbog ereignen. Dabei lauten unbeteiligte Personen größere Gefahr wie liegende Schützen.

Die Besprechung beim Kanzler.

Am Dienstag empfingt der Reichskanzler, wie bereits mitgeteilt, die Führer der Regierungsparteien zur Besprechung über die Lage.

Selbstverständlich sind die Kombinationen mancher Blätter über bevorstehende Veränderungen in der Reichsregierung nichts als leere Vermutungen.

★

Königsberg, 2. 11. (W. T. B.) Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist heute vormittag zur Teilnahme an der Jubiläumsfeier der „Königsberger Allgemeinen Zeitung" zu einem kurzen Aufenthalt hier eingetroffen.

Die Entscheidung in Paris.

Die Unterstützung des Kabinetts Painlevé durch die Sozialisten.

a. Paris, 2. 11. (Eigenbericht.)

Heute findet, wie die Blätter melden, ein Kabinetts- und darauf ein Ministerrat statt, in deren Verlauf der endgültige Wortlaut der Regierungserklärung, die morgigen Kammersitzung festgelegt werden soll. Um 6 Uhr konferiert Painlevé abermals mit den Führern der Linksmehrheit der Kammer, mit der Nationalrat der Sozialisten, der heute seine zweite Sitzung hält, sich über die Frage der Unterstützung des Kabinetts Painlevé entscheiden wird. Die Lage der Regierung bleibt weiterhin sehr schwierig.

Paris, 2. 11. (T. U.)

Gestern wurden die Sitzungen des sozialistischen Nationalrates in Paris eröffnet. Es kamen zu administrative und organisatorische Fragen zur Sprache. Die politischen Fragen werden erst heute nachschmittag im Laufe einer Nachsitzung noch der für den Nachmittag anberaumten Besprechung Painlevés mit der Fraktion zur Erörterung gelangen. Es unterkommt, daß die Entscheidung, ob das Kabinetts Painlevé von der Entscheidung des sozialistischen Nationalrates abhängt. Immerhin ist es aber auch möglich, daß die Frage der

Unterstützung des Kabinetts

nicht vom Nationalrat selbst erörtert wird, sondern daß die Entscheidung von der parlamentarischen Fraktion getroffen werden wird. Es ist höchst wahrscheinlich, daß zwischen Regierung und Sozialisten in der Finanzfrage eine Einigung erzielt werden wird, da die von Painlevé vorgeschlagene Schaffung einer Amortisationskasse und Erhebung einer Steuer auf alle erworbenen Vermögen den sozialistischen Forderungen entspricht. Schwierigkeiten können in der Frage der Bewilligung der

für Marokko und Syrien

bestimmten Kredite entstehen. Es ist ziemlich gewiß, daß die Mehrheit der Sozialisten gegen die Kredite stimmen oder sich zum mindesten der Abstimmung enthalten wird. Die Regierung würde sich dann in einer sehr schwierigen Lage befinden, selbst wenn es ihr gelingen sollte, mit Hilfe der Radikal-Sozialisten und der demokratischen Sozialisten und der demokratischen Linken eine Mehrheit zustande zu bringen. Alles hängt von dem Ausgang der Beratungen des Nationalrates mit den Sozialisten ab. Wenn Painlevé sich bereit findet, die von den Sozialisten in dieser Frage gestellten Zugeständnisse zu machen, so würden letztere ihm ihre Unterstützung zutheilen gewähren.

Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen.

a. Paris, 2. 11. (Eigenbericht.)

Anschließend an die in der vergangenen Woche stattgefundenen Besuche des amerikanischen Botschafters in Paris, Herrn Herrick, und des Herrn Briand und Painlevé melden heute die Blätter die mögliche Wiederaufnahme der Schuldenverhandlungen mit Amerika. Auch verlautet, daß der jetzige Präsident der Finanzkommission des Senates, Berenger, an Stelle des französischen Botschafters in Amerika, Defznet, diese Verhandlungen leiten wird.

Italienisch-amerikanisches Arrangement.

a. Paris, 2. 11. (Eigenbericht.)

„Paris Times" melden aus Washington, daß Graf Volpi, der italienische Finanzminister und Leiter der italienischen Schuldenkommission, bei seiner Ankunft in New York erklärte, daß er den Abschluß eines amerikanisch-italienischen Schuldenregulierungsdokumente für ziemlich sicher halte. Graf Volpi will der amerikanischen Schuldenkommission ein Projekt zur

Stabilisierung der Lira

vorlegen, das auf einer Anleihe in Amerika beruht, wobei die einzelnen Einzelheiten ausgearbeitet und auch schon von Mussolini unterzeichnet ist. Aus letzterem Umstand will man die Schlußfolgerung ziehen, daß die römische Regierung den unmittelbar bevorstehenden Abschluß eines Arrangements mit Amerika vorgesehen hat.

Die Ankunft der italienischen Schuldenkommission in New York mußte die Polizei besondere Vorsichtsmaßnahmen treffen, da mehrere tausend Antiitalienisch sich zu Demonstrationen gegen Mussolini ansichten. Um jeden Zwischenfall zu vermeiden, wurde die italienische Delegation aus der Quarantänestation mit einem besonderen Dampfer an einem geheimgehaltenen Ort der Küste geführt und mittels Autos sodann zum Bahnhof gebracht, von wo sie im Sonderzug nach Washington weiterfuhr.

Der Handelsvertrag mit Italien.

fr. Mailand, 2. 11. (Eigenbericht.)

Zwischen der deutschen und italienischen Regierung ist vereinbart worden, den Handelsvertrag am 15. Dezember in Kraft treten zu lassen, falls er bis zahlen ratifiziert werden ist. Bis zum 30. Dezember soll der deutsche Botschafter in Rom eintreffen. Auch Bulgarien hat seine Ratifikation bereits angekündigt, die Schweiz hat die Absicht einen entsprechenden Handelsvertrag abzuschließen.

★

Die französische Regierung hat am Sonnabend zu den Vertragsverhandlungen mit Deutschland ihre Zustimmung erteilt, die eine besondere Prüfung von längerer Dauer notwendig machen. Staatssekretär Trendelenburg, der sich augenblicklich in Paris befindet, wird sich dieser Aufgabe unterziehen.

Die deutsche Abrüstung.

London, 2. 11. (W. T. B.)

Der Reuterkorrespondent in Köln meldet unter dem 1. November: Die Vorschriften in der deutschen Abrüstung neuern in einer Weise an, die die Interalliierte Militärkommission bestätigt. Die Unterzeichnerschiffe der Kommission werden wie folgt zurückgezogen: Frankfurt (Frankreich) am 15. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember.

Eigener Nachrichtendienst
und „London Times News Service"

Die Umwälzung in Persien.

Der „persische Mussolini" und sein Lebensweg.

Teheran 2. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Infolge der dauernden Weigerung des Schahs, zurückzutreten, und infolge der Agitation, die in den Provinzen für die Absetzung der Kajar-Dynastie getrieben wird, wurde heute hier die folgende Erklärung veröffentlicht:

„Im Namen der nationalen Wohlfahrt und hiermit der Regierungsausschuß (Majlis) die Absetzung der Kajar-Dynastie öffentlich bekannt. Mit der entsprechenden Ueberlassung der Regierung innerhalb der Grenzen der Verfassung und anderer Gesetze Riza Khan betraut. Die endgültige Regierungsform wird der Nationalversammlung, dem Regierungsausschuß mit verfassungsmäßigen Mitteln durch Lesung einer Artikel der Verfassung in Kraft gesetzt werden."

Die Erklärung bedeutet nicht die Auflösung des Regierungsausschusses, der morgen wie gewöhnlich zusammentritt.

★

Die Unruhe in der persischen Hauptstadt Teheran zum Ausbruch gekommenen Unruhen waren als Vorboten umstürzender Ereignisse bezeichnet. Sie wurden von den Anhängern des seit zwei Jahren außer Landes befindlichen Schahs in Gang gesetzt. Da es auch zu einem Sturm auf das Gebäude der Generalstabschaft kam, war kaum ein Zweifel, daß der am Persischen Golf sitzende Interessent in Persien, England, hinter der Bewegung stand. Die Regierung wurde des Aufruhrs schnell Herr, konnte aber einen neuen Ausbruch am 31. Oktober nicht verhindern, als der Ministerpräsident Riza Khan, dem man mit viel Berechtigung den Vorwurf der „persischen Mussolini" gegeben hat, führende Persönlichkeiten des Landes zu sich berufen hatte. Aus diesen Verlangen, die Kadschardynastie des Thrones zu entsetzen, ist dann der Beschluß des Parlaments hervorgegangen. Riza Khan zum König zu proklamieren. Schon im März vergangenen Jahres kann Persien nahe zu einem Umbruch. Damals wollte man das Sultanat abschaffen und an seine Stelle die Republik setzen. Der Widerstand der Mudarris, der klerikalen Partei des Parlaments, machte sich im letzten Augenblick geltend. Infolgedessen beriet sich Riza Khan mit den geistlichen Behörden in Kum und brachte den Beschluß mit, daß der Vorschlag zur Republik den Staatsinteressen widerspreche. Es zeigt sich auch hier wieder, wie eng politische Fragen im Orient mit religiösen noch heute verknüpft sind, wenn sie nicht wie in der modernen Türkei mit Stumpf und Stiel gänzlich ausgerottet werden. So kann auch bei der jetzigen Neuordnung die Staatsform der Republik nicht in Frage.

Riza Khan begann seine Laufbahn als einfacher Soldat bei der russischen Kosakenbrigade. Fleiß, Zähigkeit, Kühnheit und ein gut Teil Glück haben ihn schnell vorangebracht. Bei dem Staatsstreich im Februar 1921 wählten ihn die Führer zum Chef der Kosakenabteilung, die von Kazvin nach Teheran vorrückte, daß eben formierte Kabinett Seyed Ziyeddin verjagte und Seyid Zia-ed-Din als Premierminister einsetzte. Unter ihm wurde Riza Khan Kriegsminister und blieb es in fünf aufeinander folgenden Kabinetten. Seit dem 30. August 1924 ist er selbst Ministerpräsident. Daneben behielt er den Posten als Kriegsminister. Er hat richtig erkannt, daß es Persien vorzeichnet ist, daß es zwischen zwei Land strömenden Einflüssen sein muß, sich seine Selbständigkeit zu wahren. Dazu mußte das Land über eine einheitliche Macht verfügen, deren Ausbau der neue König von Persien leitet und mit Erfolg die größte Aufmerksamkeit gewidmet hat. O. M.

Persische Stimmen zur deutschen Krise.

Paris, 2. 11. (T. U.)

Die Möglichkeit einer deutschen Volksabstimmung über den Vertrag von Locarno wird in der Pariser Presse lebhaft kommentiert. Die Mehrzahl der Morgenblätter ist der Ansicht, daß das Ergebnis der Abstimmung eine große Mehrheit für die Unterzeichnung des Paktes ergeben wird. Im übrigen wird festgestellt, daß der Rhein bereits in Deutschland immer mehr und mehr sich zu einem Vorwande von

parteipolitischen Intrigen

ausnützt. Ganz besonders scharf auseinandergesetzt wird dabei die Haltung der Sozialisten. „Echo de Paris" schreibt: Die sozialistische Partei glaubt durch die Abstimmung gegen den Vertrag von Locarno eine Reichstagsauflösung herbeizuführen, die, wie sie glaubt, zu ihrem Vorteil ausfallen wird. Der Gewinn einiger Mandate ist den Sozialisten wichtiger, als eine sofortige Ratifizierung des Sicherheitsvertrages. Die deutschen Sozialisten verfolgen auf jeden Fall ähnliche Wege. Für Frankreich kommt es jedoch nicht darauf an, daß die Abmachungen von Locarno von einer Partei ratifiziert werden, die in der künftigen Politik von einer Reihe gewichtiger Personen leben. Die Ratifikation des Sicherheitsvertrages hat für Frankreich nur dann Wert, wenn die Deutschnationalen, unsere wahren Gegner, diesen unterzeichnen. Nur unter diesen Voraussetzungen können die beiden Nachbarländer in eine Aera des Friedens treten."

Die Pläne der Kommunisten.

Die zur Stabilisierung des neuen gemäßigten Kurses der Sozialisten, die gestern der Parteikonferenz hat ihre Arbeiten beendet. Sie hat Entschließungen angenommen, in denen Auflösung des Sonntags, sofortige Auflösung des Reichstags, Sturz der Regierung Luther, Kampf gegen den „Kriegspakt von Locarno" und ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im freien Bündnis mit der Sowjetunion gefordert wird.

Die Partei hat man die Forderung aufgestellt, die kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit zur Verhinderung einer arbeiterfeindlichen Politik durch Verbindungen der Mittelstand, Zentrum, Demokraten und Deutscher Volkspartei „auszuwerten". Für die preußischen Provinziallandtagswahlen sollen überall, wo es die taktischen lokalpolitischen Verhältnisse möglich machen, Listenverbindungen mit der Sozialdemokratie angestrebt werden.

Die Zerstörung von Damaskus.

200 syrische Pfund Strafgelder auf den Kopf der Bevölkerung.

Damaskus, 2. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Damaskus beginnt sich langsam von dem Schrecken des Bombardements zu erholen. Noch traut sich allerdings niemand aus den Häusern heraus. Die am meisten beschädigte Hauptgeschäftsstraße ist noch gesperrt. Die Gegend erinnert an Pompeji, und armes Volk streift durch die Straßen in der Hoffnung, irgend etwas Wertvolles zu finden.

Die Gesamtzahl der Getroffenen geht nun langsam vor sich. Vor drei Tagen stellte noch so viel, daß eine Erhöhung der Gefallenzahl angebracht wurde, falls der Termin nicht eingehalten würde. In diesen Tagen haben die französischen Gefangen Zahlungen geleistet. Die Gefallenzahl, die die syrische Regierung garantiert hat, soll in Form einer Steuer von der ganzen Bevölkerung aufgebracht werden; das bedeutet ungefähr 200 syrische Pfund pro Kopf. Als Präsidentsitz hat man dabei den Aufsatz bei der Verhandlung des Königs Faisal angenommen, wo Damaskus eine ähnliche Summe als Strafe zahlen mußte. Damals aber gewiß die syrische Bevölkerung noch viel mehr die Steuerwillig, während heute die Europäer dieselben Steuern zahlen müssen wie die Syrer, zum für sie ein Bankkonto geschaffen werden müßte, wenn sie nicht für den Aufstand, unter dem sie fast leiden mußten, noch bezahlen wollen.

Nach dem Rückzug der französischen Truppen der dem Bombardement haben die Mohammedaner wirksame Hilfe geleistet, die Christenmerzt gegen Plünderungen zu schützen, und zwar geschah das auf einen

Befehl des britischen Konsuls

hin, der sich nach dem Abzug der französischen Truppen an einige Muslimführer wandte, um sie um Schutz bat, die dann entsprechende Maßnahmen trafen. Unter diesen Mohammedanern befanden sich zwei Enkel des berühmten Emirs von Algier, Abd el Kader, der 1860 mit persönlicher Gefahr viele tausend Christen bei den großen Unruhen beschützt hatte, wofür ihn die britische, französische und amerikanische Regierung belohnt hatten. Der eine der beiden Enkel ist jetzt von den französischen Behörden verhaftet worden unter der Anklage, an dem Aufstand teilgenommen zu haben.

Die Haltung der französischen Behörden während der Krise zeigt sich besonders darin, daß beim Abmarsch der französischen Truppen aus Damaskus das französische Hospital in der Stadt ohne Schutz ließen. In dem Hospital befanden sich eine Menge französischer Offiziere und Soldaten als Patienten, darunter der Chef. Als dieser dem Hauptquartier Meldung zur Verteidigung anforderte, kamen er keine Antwort, man wußte ein junger Offizier den Auftrag, zu erkundigen, ob die Hospitalsinsassen abgegeben seien, wären sie sicher als Opfer gefallen.

Die Stadt Damaskus selbst ist jetzt ruhig; in den Nachbardörfern liegen aber noch die Abteilungen der Aufständigen, und seine Straße nach Beirut, Palmyra oder Kuneitra ist sicher. Es scheinen sich vier Abteilungen gebildet zu haben. Die stärkste steht unter Ramadan Sheulash und scheint den ganzen Distrikt von Hadru bis Duma zu beherrschen.

Die französischen Behörden

einschließlich des örtlichen Gouverneurs sind nach Damaskus geflohen, und Damaskus Sicherheit der eine Truppe von 4000 Mann haben soll, hat eine Provinzialregierung eingesetzt und deren Unabhängigkeit erklärt.

Die Franzosen unternehmen täglich Streifzüge; aber wenn sie einen Ort erreicht haben, wo eine Dreiviertelstunde gemacht wird, so ist diese natürlich längst wieder fort. Die nächstliegende Abteilung wurde 20 Kilometer von Damaskus entfernt gemeldet, aber es ist nicht bekannt, wo wieder deutlich Feuer bei Damaskus.

General Gamelin sagte gestern, daß die Franzosen zurzeit nur sehr geringe Anstrengungen machen könnten, die Banden aufzurollen, da nicht genügend Truppen zur Verfügung stünden. Er erwarte aber in kürzester Zeit

bedeutende Verstärkungen

aus Frankreich. Nach ihrer Ankunft wird wahrscheinlich ein berschneidender Operationsplan in Angriff genommen werden. Die Lage ist keineswegs aufriedenstellend. Die Banden bereits in allen Dörfern Fuß gefaßt, daß nach dem französischen Plan jedes Dorf verbrannt werden soll, daß die Banden Wirtschaft oder Eisenbahnen angeben hat. Die Zerstörung der Dörfer verstärkt natürlich die Zahl der Obdachlosen, die dann zu den Banden übergehen, da das die einzige Entschädigungsschaft für sie ist. Den autonterrichtet Seite höre ich, daß schon volle 80 000 Leute kein Dach mehr über dem Kopfe haben.

An der Hauranfront stützen sich die französischen Streitkräfte jetzt auf Dera und Zara. Das Dorfen von Ersteuchsbehörden von Dera nach Basra wird beschleunigt. Diese Linie erstreckte unter den Türken, aber die Eisenbahn Gleisen wurden während des Krieges aufgenommen, da man sie anderswo benötigte.

Die Ablieferung der Waffen.

Haifa, 2. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die französischen Behörden haben an den Mauern von Damaskus Bekanntmachungen angeschlagen, wonach die geforderten Gewehre in der Frist von 15. Dezember in Kraft treten zu lassen, falls es bis dahin ratifiziert werden ist. Bis zum 30. Dezember soll der deutsche Botschafter in Rom eintreffen. Auch Bulgarien hat seine Ratifikation bereits angekündigt, die Schweiz hat die Absicht einen entsprechenden Handelsvertrag abzuschließen.

★

Die französische Regierung hat am Sonnabend zu den Vertragsverhandlungen mit Deutschland ihre Zustimmung erteilt, die eine besondere Prüfung von längerer Dauer notwendig machen. Staatssekretär Trendelenburg, der sich augenblicklich in Paris befindet, wird sich dieser Aufgabe unterziehen.

Die deutsche Abrüstung.

London, 2. 11. (W. T. B.)

Der Reuterkorrespondent in Köln meldet unter dem 1. November: Die Vorschriften in der deutschen Abrüstung neuern in einer Weise an, die die Interalliierte Militärkommission bestätigt. Die Unterzeichnerschiffe der Kommission werden wie folgt zurückgezogen: Frankfurt (Frankreich) am 15. November, Hamburg und Breslau (Großbritannien) 1. Dezember.

Der Austausch von Krassin und Rakowski

Die Annäherung Rußlands an Frankreich.

Riga, 2. 11. (Sonderdienst der DAZ.)

Die Frage des Austausches der Sowjetbotschafter Rakowski und Krassin zwischen Paris und London war in Moskau bereits lange diskutiert worden. Die endgültige Entscheidung ist man nach anfänglichem Schwanken unter dem Einfluß von Locarno gefallen. Die bolschewistischen Führer glauben, daß man mit allen Mitteln die Verbindungen der Sowjets mit Frankreich aus ihrem gegenwärtigen Stillstand herausreißen muß. Man glaubt dabei, daß Rakowski für diese Aufgabe besonders geeignet ist, da er, bevor er russischer Bürger wurde, radikalsozialistischer Zirkel in Paris leitete, so er als rumänisch-bulgarischer Bevollmächtigter lebte; Moskau glaubt nun, daß er von dieser Zeit her noch über wertvolle Verbindungen verfügen. Die Sowjetregierung ist offenbar entschlossen,

Frankreich einige Konzessionen zu machen,

um die Wiederaufnahme der Verhandlungen zu erreichen.

Kennzeichnend ist, daß gleichzeitig mit der Ernennung Rakowski die offizielle Presse Moskau der Sowjetregierung die Ixzimmer der französischen Außenpolitik entdeckt hat und die Tatsache bedauert, daß Frankreich seine unabhängige, eigene nationale Politik hat, sondern sich bald an England, bald an Amerika anlehne, und daß die Abhängigkeit Polens sich klar in den Beziehungen zu Rußland. Die „Izwestija" behauptet das Fallen des internationalen Ansehens Frankreichs. Das neue Kabinett müsse vergangene Irrtümer fortgieren und zu einer

Vereinbarung mit Rußland

kommen, da diese wichtige internationale Frage ohne die Sowjetrußlands und die Sowjetpolitik leicht in eine gemeinsame Linie gebracht werden könnten. Rakowski erlangt anscheinend eine größere Bollmacht, über solche Fragen zu verhandeln.

Die wirtschaftliche Entwicklung macht die Frage einer

außwärtigen Anleihe

dringend, und eine der Hauptaufgaben Krassins in London wird es sein, hier wieder eine Vereinigung zustandzubringen, während Rakowski daselbe in Paris versucht. Der Finanzkommissar Sokolnikow hat über diese Frage einen Bericht verfaßt, der die Beschränkung der Gewerkschaftsbelle abgestattet, wobei er die Bereitwilligkeit der Sowjetunion ausdrückte, einen Teil der Kosten für die Anleihe zu bezahlen, da der Franz jetzt so niedrig ist und infolgedessen die Anforderungen erheblich heruntergegangen sind".

★

Die einige Blätter mitteilen, soll die Rede „Izwestija" erscheinen zu lassen. Zwei Seiten sollen in französischer Sprache erscheinen.

★

Moskau, 2. 11. (W. T. B.) Wie bereits gemeldet, ist Karachan zum dritten Stellvertreter des Volkskommissars für Auswärtiges ernannt worden. Er verbleibt jedoch, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, auf seinem Posten als Sowjetbotschafter in China.

★

„Der deutsche Geschäftsträger in Moskau hat der Sowjetregierung das Beileid der deutschen Regierung zum Tode des Kommissars für Heer und Flotte, Frunse, ausgesprochen.

Marokko als spanisch-französisches Kondominium.

a. Paris, 2. 11. (Eigenbericht.)

Der frühere spanische Außenminister Perez Caballero tritt für die Errichtung der gemeinsamen spanisch-französischen Militärzaktion in Marokko und eine spanisch-französische Organisation zur Ausbeutung der Naturschätze des Riffgebietes ein. Es müsse mit der Tatsache aufräumt werden, daß die spanische Zone vollkommen unabhängig sei und keinen Zusammenhang mit dem restlichen Marokko und dem Sultan von Marokko habe. In der Bucht von Alhucemas soll ein bedeutender Hafen erbaut werden, der die kürzeste Verbindung zwischen Fez und Marseille ergeben würde.

Auf gemeinsame Kosten

sollen Verkehrswege zur Durchdringung des Riffgebietes erbaut werden. Am Donnerstag fielen 15 Granaten in die Stadt, von denen die meisten aber nicht explodierten. Zerstört wurde nur ein Haus eines Eingeborenen. Zwei Kugeln fielen in die jüdische Schule, wobei die Kinder wie durch ein Wunder gerettet wurden.

Sarrail würden die „schwersten Beschuldigungen" erheben. Er habe ein bisher friedliches Land

mit Feuer und Schwert verwüstet

und damit internationale Verschriften verletzt. Zweck aber scheint eine General Sarrail die Schuld für das Hinschlachten mehrerer Tausend französischer Soldaten. Sarrail werfe bei seiner Rückkehr über alle seine Dinge Licht und unzweideutige Erklärungen abgeben müssen; hier den Fall, daß diese Erklärungen nicht ausreichend seien, könnte die diese Motivgel der Rückberufung nicht genügen.

Paris, 2. 11. (T. U.)

Im „Paris Soir" tritt Frossard dafür ein, daß Frankreich und Deutschland ihre Beziehungen Syriens versichert und erklärt: „Das Interesse Frankreichs verlangt, daß Frankreich auf das Mandat verzichtet. Frankreich alle Mittel aus und opfert Menschen und für wen?, für was? Daß Frankreich denn soviel Hilfsgeldern, daß es sie vergeuden kann? Wenn die Ausbeutung seiner Mandatsgebiete das Prestige Frankreichs im Orient erhöht?"

★

London, 2. 11. (W. T. B.)

Die englische Regierung zieht sich über die wichtigen Ausführungen der französischen Generalstabs in Damaskus sehr beteiligt. Man rechnet mit einem Uebergreifen der panarabischen Bewegung auf die arabischen Mandatsgebiete Englands, Transjordanien, Palästina und den Irak.

a. Paris, 2. 11. (Eigenbericht.)

Laut Telegrammen aus Damaskus haben die Drusen Damaskus vollkommen isoliert und verhindern jede Verproviantierung der Stadt. Es wird Hungersnot befürchtet.

Geplante Enquete.

Als Ende Juli der Zechenverband in Essen mit einer großen Denkschrift über die Lage des Ruhrbergbaues an die Oeffentlichkeit trat und darin zum Verständnis für seine an die Regierung gerichteten Forderungen wirb, erschien drei Wochen später eine ebenso umfangreiche Denkschrift des Verbandes der Bergarbeiter über das gleiche Thema, jedoch mit der Absicht, die Unternehmerangaben im wesentlichen zu entkräften und eigne Wünsche zu begründen. Aber nicht genug damit. In seinem Existenzkampf hatte es der Ruhrbergbau für richtig gehalten, auf die bevorzugte Position der Braunkohle hinzuweisen, was natürlich dazu führte, daß der Mitteldeutsche Braunkohlenverein sofort mit einer ausführlichen Erklärung antwortete. Daß schließlich auch andere Bergbaubezirke sich dem Vorgehen der Ruhrindustrie anschließen, versteht sich von selbst. Eine wirkliche Aufklärung der Oeffentlichkeit konnte freilich nicht erzielt werden; die einzelnen Steine wollten sich eben nicht zu einem Mosaikbilde vereinigen lassen, zu viel Risse, zu viel sich überschneidende Fugen und Ecken, zu wenig abgeschliffene Kanten waren vorhanden. Und doch war der Grundgedanke aller Veröffentlichungen der gleiche. Arbeitgeber- wie Arbeitnehmerschrift stimmen in der Feststellung der schwierigen Wirtschaftslage durchaus überein. So waren in der Einleitung der Bergarbeiterschrift folgende Sätze zu lesen: „Mit den Unternehmern bedauern wir in der Ansicht einig, daß die Kriisenerscheinungen, von denen der rheinisch-westfälische Steinkohlenbergbau seit geraumer Zeit heimgesucht wird, in einem Mißverhältnis zwischen gesteigerten Produktionsmöglichkeiten und verminderter Aufnahmefähigkeit des Weltkohlenmarktes zwingen . . . Es entspricht ebenfalls unser Aufsassung, wenn die Unternehmer neben dem internationalen auch den Tauercharakter der Krise betonen und das Warten auf einen Konjunkturumschwung als einen unberechtigten Optimismus bezeichnen. Wir unterstreichen diese Gemeinsamkeit der Beurteilung der Feststellungen der Ursachen, um so Anknüpfungspunkte für gemeinsame Wege zur Abhilfe zu gewinnen." Prüft man aber im einzelnen die Vorschläge von beiden Seiten über die Spezialuntersuchungen über die Probleme der Preise, Löhne, Arbeitszeit, Soziallasten usw., so fällt sich eine Uebereinstimmung der Denkschriften nur selten noch feststellen.

Das Beispiel aus dem Bergbau ist charakteristisch für die Verhältnisse in unserem Wirtschaftsleben. Betrachten wir einmal die Diskussion gewisser Probleme der Wirtschaften über die beiden wichtigsten Fragen von Lohn und Arbeitszeit. Alle Kreise sind sich im Grunde genommen darin einig, daß das Lohnniveau durchaus verbesserungsbedürftig ist und eine Hebung im Interesse der Gesamtheit liegt, daß ferner eine verkürzte Arbeitszeit, eine den Rationalisierung entsprechende Arbeitsweise, sowie

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Antrag fordert also die Einleitung einer großzügigen Enquete über die brennenden Fragen unserer Sozialpolitik.

Da die Durchführung dieser Aufgabe die Mittel und Möglichkeiten des Vereins weit überschreiten würde, soll durch ein besonderes Reichsgesetz ein Untersuchungsausschuß bestellt werden, dem alle zur einwandfreien Prüfung von Tatsachen nötigen Befugnisse einzuräumen sind. Im Auftrag des Vereins, der sich bereits mit den wissenschaftlichen Vorarbeiten in einem Ausschuß beschäftigt, hat jetzt Professor Herkner eine diese Forderungen enthaltende Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet. Der Zweck wird in folgendem Absatz umrissen: „Die meisten Erörterungen über den Zusammenhang von Arbeitszeit und Arbeitsleistung in der Zeit nach Kriegsende ermangeln noch der notwendigen Tatsachenunterlagen. Allein durch große Untersuchung auf Grund eines kontradiktorischen Verfahrens kann festgestellt werden, wie die Veränderungen in der Arbeitszeit, und zwar sowohl die Verkürzungen als auch die Verlängerungen, in den letzten Jahren auf die produktive Leistung gewirkt haben, und wie etwa die Lohnsysteme die Beziehungen von Arbeitszeit und Arbeitsleistung beeinflussen. Eine solche Untersuchung kann nicht auf dem Wege langsamer Tatsachenermittlung durch mühsame wissenschaftliche Einzelarbeiten, noch durch die allgemeinen Feststellungen der statistischen Aemter erfolgen, sondern nur durch eine sorgfältige Befragung der beteiligten Unternehmer, Betriebsbeamten und Arbeiter".

Der Vorschlag des Vereins für Sozialpolitik ist sehr zu begrüßen, und wir hoffen, daß der Wunsch der Eingabe, die Untersuchungen mit der größten Beschleunigung in Angriff zu nehmen, von Reichsregierung und Parlament erfüllt wird. Die Praxis der Enquoten ist in Deutschland nur wenig geübt worden und hat niemals die Bedeutung gewonnen, die in England dem Enquetewesen, vor allem den königlichen Enquoten, zukommt, obwohl gerade der Verein für Sozialpolitik diesem Verfahren wertvolle Arbeiten schon in Jahre 1877 in einer Schrift über „Das Verfahren bei Enqueten" gewidmet hatte. Die parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, die sich vielfach zu Tummelplätzen parteipolitischer Agitation ausbilden, sowie die Beratungen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, die vor allem an den unzulänglichen Mitteln und Befugnissen dieser Körperschaft krankten, haben in der Nachkriegszeit nicht gerade günstig auf die Entwicklung unseres Enquetewesens eingewirkt. Seine Notwendigkeit für die Zukunft hat die Reichsregierung aber sehr wohl erkannt, als sie in dem Gesetzentwurf zu einem endgültigen Reichswirtschaftsrat eine Vorregelung des Enquetewesens in einem besonderen Untersuchungsausschuß vorsah. In Nr. 494 unseres Blattes vom 20. Oktober haben wir diesen Vorschlag einer eingehenden Würdigung unterzogen und dabei auch auf die Pläne des Vereins für Sozialpolitik hingewiesen, deren Schicksal nun wohl von der Verabschiedung des Gesetzentwurfs über den Reichswirtschaftsrat abhängig dürfte. Die Kompetenzen, die der genannte Entwurf wie auch die Eingabe von Herkner dem Enquetenausschuß zuerkennen wollen, sind im wesentlichen die gleichen. Das Recht, Auskünfte über Tatsachen — nötigenfalls unter Eid — zu verlangen, Einsicht in Betriebseinrichtungen zu nehmen, Vorgesehen, Allgemeinsätze über Preisen und Löhnen einzuholen und Auskünfte von Behörden zu erhalten, anderseits die notwendigen Schweigebestimmungen für Interessen der Allgemeinheit und zum Schutze gegen unlautere Machenschaften, wie vollkommene Unabhängigkeit und eindringendes Sachverständnis der Ausschußmitglieder sind in beiden Plänen vorgesehen. Allerdings hat der zum Entwurf großen Wert auf die Geheimhaltung der Untersuchung und ihrer Ergebnisse, von der nur das Reichskabinett entbinden kann, während der Verein für Sozialpolitik nach englischem Vorbild volle Oeffentlichkeit verlangt. Ob diese Differenzen überbrückt werden und Vorsicht, die im Reichswirtschaftsrat eine maßgebende Rolle spielen sollen, fordert. Jede Aussage wird ohne Zweifel unbefangener erfolgen, und das Hel leichter zu erreichen sein, wenn der Lärm der sensationsstürzenden Presse möglichst fernbleibt, und alles Gewicht gegeben ist, daß Berufsgeheimnisse und bergl. nicht der Oeffentlichkeit preisgegeben werden. Mit gewissen Charakteristiumlichkeiten des Deutschen wird man auch hier rechnen müssen, zum mindesten so lange, bis sich der Enquetegedanke durchgesetzt und als richtig erwiesen hat.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Vorschlag des vorneehmen, wissenschaftlichen Vereins von allen Kreisen der Wirtschaft Anklang finden wird. Gerade die Kreise, die keinen andern Ausweg sehen, als ihre Notlage in Deutschrichten und Kundgebungen der Welt bekanntzugeben, werden es freudig begrüßen, wenn ihre Angaben von einem völlig unabhängigen und sachkundigen Organ bestätigt werden können. Bedenken gegen das Prinzip der Enquete wird nur der erheben, der selbst von der Sachhaltigkeit seiner Argumente nicht ganz überzeugt ist. Keineswegs sind, wie die „Schwerindustrie-Zeitung" darzustellen sucht, alle Arbeiterführer von der vorgeschlagenen Enquete entzückt; wird durch sie doch der Agitation manches Gebiet entzogen. Die Wirtschaftsi sich sicherlich anders aus, als sie sich immer noch in den Köpfen sozialistischer geleiteter Arbeiter malt. Bei aller hohen Einschätzung der Vorteile einer Enquete muß man sich doch vor Augen halten, daß sie bei aller Unabhängig von dem guten Willen aller Beteiligten, wird ein Untersuchungsausschuß niemals allseitig anerkannte Lösungen finden. Wahrheit und Erkenntnis dem Standpunkt des engherzigen Interessenten oder Parteimanns, so lassen sich immer Erklärungen finden, die unangenehme Wahrheiten verschleiern. Die großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind eben nicht auf einfache Formeln zu bringen; Kausalzusammenhänge, wie beim zahlreichen Fetzen mitbewirken, lassen sich hier nicht restlos aufdecken. Für den Forscher noch Wahrheit aber wird es gelingen, wenn ihm Enqueten Unterlagen bieten, auf denen er sich sein eigenes Urteil aufbauen kann.

Dr. W. P.

Deutsche Volkspartei und Regierungsbildung in Baden.

sd. Karlsruhe, 2. 11. (Eigenbericht).

In seiner Sonntagssitzung hat der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei folgende Entschließung:

„Der Geschäftsführende Ausschuß bestritt den Standpunkt, daß die Wahlpartei der Deutschen Volkspartei auf Schaffung einer bürgerlichen Regierung hinbestehen wird. Jedenfalls wird die Deutsche Volkspartei, in ferner Regierungsbildung mitwirken, durch die sie nicht in einer Weise abhängig gemacht werden darf. Die Kompetenzen, die der genannte Entwurf wie auch die Eingabe von Herkner dem Enquetenausschuß zuerkennen wollen, sind im wesentlichen die gleichen. Das Recht, Auskünfte über Tatsachen — nötigenfalls unter Eid — zu verlangen, Einsicht in Betriebseinrichtungen zu nehmen, Vorgesehen, Allgemeinsätze über Preisen und Löhnen einzuholen und Auskünfte von Behörden zu erhalten, anderseits die notwendigen Schweigebestimmungen für Interessen der Allgemeinheit und zum Schutze gegen unlautere Machenschaften, wie vollkommene Unabhängigkeit und eindringendes Sachverständnis der Ausschußmitglieder sind in beiden Plänen vorgesehen. Allerdings hat der zum Entwurf großen Wert auf die Geheimhaltung der Untersuchung und ihrer Ergebnisse, von der nur das Reichskabinett entbinden kann, während der Verein für Sozialpolitik nach englischem Vorbild volle Oeffentlichkeit verlangt. Ob diese Differenzen überbrückt werden und Vorsicht, die im Reichswirtschaftsrat eine maßgebende Rolle spielen sollen, fordert. Jede Aussage wird ohne Zweifel unbefangener erfolgen, und das Hel leichter zu erreichen sein, wenn der Lärm der sensationsstürzenden Presse möglichst fernbleibt, und alles Gewicht gegeben ist, daß Berufsgeheimnisse und bergl. nicht der Oeffentlichkeit preisgegeben werden. Mit gewissen Charakteristiumlichkeiten des Deutschen wird man auch hier rechnen müssen, zum mindesten so lange, bis sich der Enquetegedanke durchgesetzt und als richtig erwiesen hat.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Vorschlag des vornehmen, wissenschaftlichen Vereins von allen Kreisen der Wirtschaft Anklang finden wird. Gerade die Kreise, die keinen andern Ausweg sehen, als ihre Notlage in Deutschrichten und Kundgebungen der Welt bekanntzugeben, werden es freudig begrüßen, wenn ihre Angaben von einem völlig unabhängigen und sachkundigen Organ bestätigt werden können. Bedenken gegen das Prinzip der Enquete wird nur der erheben, der selbst von der Sachhaltigkeit seiner Argumente nicht ganz überzeugt ist. Keineswegs sind, wie die „Schwerindustrie-Zeitung" darzustellen sucht, alle Arbeiterführer von der vorgeschlagenen Enquete entzückt; wird durch sie doch der Agitation manches Gebiet entzogen. Die Wirtschaftsi sich sicherlich anders aus, als sie sich immer noch in den Köpfen sozialistischer geleiteter Arbeiter malt. Bei aller hohen Einschätzung der Vorteile einer Enquete muß man sich doch vor Augen halten, daß bei aller Unabhängig von dem guten Willen aller Beteiligten, wird ein Untersuchungsausschuß niemals allseitig anerkannte Lösungen finden. Wahrheit und Erkenntnis dem Standpunkt des engherzigen Interessenten oder Parteimanns, so lassen sich immer Erklärungen finden, die unangenehme Wahrheiten verschleiern. Die großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind eben nicht auf einfache Formeln zu bringen; Kausalzusammenhänge, wie beim zahlreichen Fetzen mitbewirken, lassen sich hier nicht restlos aufdecken. Für den Forscher noch Wahrheit aber wird es gelingen, wenn ihm Enqueten Unterlagen bieten, auf denen er sich sein eigenes Urteil aufbauen kann.

Dr. W. P.

Deutsche Volkspartei und Regierungsbildung in Baden.

sd. Karlsruhe, 2. 11. (Eigenbericht).

In seiner Sonntagssitzung hat der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschen Volkspartei folgende Entschließung:

„Der Geschäftsführende Ausschuß bestritt den Standpunkt, daß die Wahlpartei der Deutschen Volkspartei auf Schaffung einer bürgerlichen Regierung hinbestehen wird. Jedenfalls wird die Deutsche Volkspartei, in ferner Regierungsbildung mitwirken, durch die sie nicht in einer Weise abhängig gemacht werden darf. Die Kompetenzen, die der genannte Entwurf wie auch die Eingabe von Herkner dem Enquetenausschuß zuerkennen wollen, sind im wesentlichen die gleichen. Das Recht, Auskünfte über Tatsachen — nötigenfalls unter Eid — zu verlangen, Einsicht in Betriebseinrichtungen zu nehmen, Vorgesehen, Allgemeinsätze über Preisen und Löhnen einzuholen und Auskünfte von Behörden zu erhalten, anderseits die notwendigen Schweigebestimmungen für Interessen der Allgemeinheit und zum Schutze gegen unlautere Machenschaften, wie vollkommene Unabhängigkeit und eindringendes Sachverständnis der Ausschußmitglieder sind in beiden Plänen vorgesehen. Allerdings hat der zum Entwurf großen Wert auf die Geheimhaltung der Untersuchung und ihrer Ergebnisse, von der nur das Reichskabinett entbinden kann, während der Verein für Sozialpolitik nach englischem Vorbild volle Oeffentlichkeit verlangt. Ob diese Differenzen überbrückt werden und Vorsicht, die im Reichswirtschaftsrat eine maßgebende Rolle spielen sollen, fordert. Jede Aussage wird ohne Zweifel unbefangener erfolgen, und das Hel leichter zu erreichen sein, wenn der Lärm der sensationsstürzenden Presse möglichst fernbleibt, und alles Gewicht gegeben ist, daß Berufsgeheimnisse und bergl. nicht der Oeffentlichkeit preisgegeben werden. Mit gewissen Charakteristiumlichkeiten des Deutschen wird man auch hier rechnen müssen, zum mindesten so lange, bis sich der Enquetegedanke durchgesetzt und als richtig erwiesen hat.

Wir zweifeln nicht daran, daß der Vorschlag des vornehmen, wissenschaftlichen Vereins von allen Kreisen der Wirtschaft Anklang finden wird. Gerade die Kreise, die keinen andern Ausweg sehen, als ihre Notlage in Deutschrichten und Kundgebungen der Welt bekanntzugeben, werden es freudig begrüßen, wenn ihre Angaben von einem völlig unabhängigen und sachkundigen Organ bestätigt werden können. Bedenken gegen das Prinzip der Enquete wird nur der erheben, der selbst von der Sachhaltigkeit seiner Argumente nicht ganz überzeugt ist. Keineswegs sind, wie die „Schwerindustrie-Zeitung" darzustellen sucht, alle Arbeiterführer von der vorgeschlagenen Enquete entzückt; wird durch sie doch der Agitation manches Gebiet entzogen. Die Wirtschaftsi sich sicherlich anders aus, als sie sich immer noch in den Köpfen sozialistischer geleiteter Arbeiter malt. Bei aller hohen Einschätzung der Vorteile einer Enquete muß man sich doch vor Augen halten, daß bei aller Unabhängig von dem guten Willen aller Beteiligten, wird ein Untersuchungsausschuß niemals allseitig anerkannte Lösungen finden. Wahrheit und Erkenntnis dem Standpunkt des engherzigen Interessenten oder Parteimanns, so lassen sich immer Erklärungen finden, die unangenehme Wahrheiten verschleiern. Die großen Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik sind eben nicht auf einfache Formeln zu bringen; Kausalzusammenhänge, wie beim zahlreichen Fetzen mitbewirken, lassen sich hier nicht restlos aufdecken. Für den Forscher noch Wahrheit aber wird es gelingen, wenn ihm Enqueten Unterlagen bieten, auf denen er sich sein eigenes Urteil aufbauen kann.

Dr. W. P.

„Politik der Sicherheit."

England garantiert Deutschlands Grenzen.

sd. Dresden, 2. 11. (Eigenbericht).

Reichsaußenminister Dr. Stresemann war am Sonntag in Dresden und sprach an dem allbesuchten Parteitag der Deutschen Volkspartei im Kaufmannshaft teil. Im Verlauf des Abends trat er das Wort, um zunächst die wirtschaftliche Lage Deutschlands und auch Sachsens zu beleuchten. Er wies auf die Notwendigkeit internationaler wirtschaftlicher Zusammenarbeit hin und betonte, daß sich nationales Denken mit internationalen Gesichtspunkten durchaus vereinbaren lasse. Es muß ein Ziel sein, daß wir durch Leistungen im Auslande keine Wunderschnecken sichern zu können. Es muß ein Ziel sein, daß wir durch Fleiß und Ordnung unsere Staatskunst ändern und Ordnung unsere Staatskunst ändern ab zeitet sein als früher. Es wäre besser, wenn man noch einmal einen Einfall hätte und ihn ausführte, als wenn man nur tatenlos warte, ob die Gütin Fortuna kame und alles mitbringe, was man verlangen hätte.

Der Ruhrkampf hätte kein Ende gemacht, wenn die Regierung nicht gezwungen hätte, die Ruhrbevölkerung zu unterstützen. Es ist ein Glück, daß wir heute nicht gegeben habe. Wenn Europa nicht über die Grenzen einzelnen Länder hinaus finanziell und wirtschaftlich arbeite, dann werde es immer andere Entwicklungen geben. Die Stimmung deutscher Kreise von den Leistungen zweifeln kann nicht auf einmal durchgeführt werden. Wer für den Staat aber verantwortlich sei, müsse an den Fortschritt und an die Zukunftsarbeit der kommenden Generationen denken und sie sicherstellen. Wenn wir an politisch erzeugnisse Wolf morgen, würden wir uns nicht einer solchen Politik der Sicherheit zeigen, wie unsere Feinde. Den Auslande das Bewußtsein der Zerstörung zu geben, sei unwürdig. Wir müssen den andern Willen zeigen, und Deutschland einspielen. Ein Vergleich des heutigen Zustandes in Deutschland vor zwei Jahren beweise, daß es vorwärts gehe.

Der Hansabund über Locarno.

Düsseldorf, 1. 11. (T. U.)

Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie eröffnete heute seine Winterarbeitsfeld mit einer großen Kundgebung. Der Präsident des Hansa-Bundes, der Reichstagsabgeordnete Dr. Hermann Fischer, hielt dabei einen Vortrag über das Thema „Die Politik der Sicherheit der Wirtschaft". Der Redner wies eingangs darauf hin, daß die Einleitung der Winterarbeit des Hansa-Bundes in einem Zeitpunkt schwerwiegender außenpolitischer Entscheidungen und innerpolitischer Verwirrungen erfolge. Die heutige Sicherheitsfrage sei eine der wichtigsten Aufgaben unterstützt, die darauf gerichtet war, Deutschland wieder als mitbestimmenden Faktor in der Politik der Sicherheit zu gewinnen. Der Vertragswert von Locarno erfülle seinen Wert nicht in erster Linie durch die Sicherheitsgarantie, sondern durch die Tatsache der Begründung der verschiedenen Voraussetzungen der Vertragsbestimmungen.

In Deutschland ist man bereitgist und auch verpflichtet, mit Stoßis und Kraft das Werk selbst und seine verschiedenartigen Anlagungen zu betrachten. Jedoch dürfte man aus Stoßis heraus nicht den gegenwärtig möglichen außenpolitischen Verhandlungsaktionen zu beteiligen. Will man an diesen Verhandlungen gegenüber dem Vertragswerk von Locarno müßten wir auf diesen Wege vorwärts gehen, um zu verhindern, daß wir in eine Isolierung geraten, die es uns unmöglich machen würde, unsere staatspolitischen und wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen. Man dürfe nicht an der Zaloage vorübergehen, daß die Locarno-Politik eigentlich Friedenspolitik auf den Uebergangsweg ist mit Deutschland, sondern aller beteiligten Nationen beruhte.

Durch Stoßis und Kraft in erster Linie bei den nordwestlichen Nachbarn, die sich bereits für die Räumung der nördlichen Zone des Rheinlandes. Diesen gehore der Deutschland Friedenspolitik und nicht gerechtfertigt Uebergrifung des Besatzungsheeres und der militärischen und südlichen Zone. Nicht nur das Rheinland, sondern auch Deutschland erwarte, daß die allgemeinen Zusicherungen die die Sicherheitsfragen in unserer Schiedsrichter in Locarno gegeben habe, in Einzelnen, daß in die Tat umgesetzt würden. Wir England, Frankreich und Belgien haben die Verpflichtung, im Sinne der nächsten Wochen in der Praxis zu zeigen, daß es sich bei ihren Reden in und über Locarno nicht um Worte, sondern um Tatsachen und Gestaltung eines tatsächlich auf Verständigung und endlichen Friedens gerichteten Willens handelt.

Zur Geschichte des Sicherheitsgedankens.

Die Deutsche Hochschule für Politik hielt am Sonnabend in dem großen Saal der alten Kunstakademie am Schinkelplatz ihre Jahresfeier ab.

Staatsminister Dr. Drews als Vorsitzender begrüßte die Erschienenen und bedankte sich für das Interesse, das die Hochschule für Kultusministerium, dessen Gast die Hochschule in den schönen Räumen am Schinkelplatz ist. Staatsminister Dr. Drews wies auf die Tatsache hin, daß Bayern bei neuen Bestrebungen mit den besten Wünschen bei Staatsministerium und der Zusage weiterer wirksamer Unterstützung.

Am Mittwochmorgen Feier stand der Festvortrag von Professor Dr. Onckens: „Betrachtungen über das politische Problem der Sicherheit in der europäischen Geschichte".

Onckens weitausgreifendes Referat unterstützte in einer Einleitung den Begriff der „Sicherheit", die für jeden Staat als die ursprüngliche Selbstverständlichkeit seiner Existenz gelte; für alle politischen Gebilde, die erzeugt sich hat, von Natur die Konstruktion eines Staates, von Plato bis Morus, für den große äußere Frage je und je gelöst erscheint. Die „Sicherheit" mit ihren militärischen, ihren innerpolitischen und ihren kombinierten Bezügen wie in der Staatengeschichte, konkret begriffen, wie sie sich in der Geschichte der Neuzeit, Bezug wußten treten, seit mit der europäischen Großtaatenbildung das Völkerrecht als politische Ausdrucksform des Staatenlebens sich entwickelt. Die Sicherheitsfragen als eine allgemeine Notwendigkeit entwickelt. Neben der allgemeinen Gesichtspunkte, wie Frankreich, Rußland, Polen, die Sicherheit fordert, treten als wirksame Tatsachen das konkretere Sicherheitsbedürfnis, als Beispiel zeigt Onckens die Generalstaaten auf Spanien, Frankreich und Spanien, Gründung Generalstaaten gegen Frankreich, unterstützen. Ganz anders aber die infinitive Politik gab dann auch Anlaß zu Kriegen, wie die Verschiebung der allgemeinen Machtverhältnisse auch Anlaß zu Kriegen gab, wie Spanien, Frankreich, Oesterreich, 1716 in spanische Nachfolge zu gewinnen, übernimmt auch das holländische Recht der Schutzes gegen Frankreich.

Internationale Arbeitsorganisation.

29. Tagung des Verwaltungsrats.

sch. Genf, 31. 10. (Eigenbericht).

Der Verwaltungsrat des Arbeitsamts — dem Namen nach bekanntlich dem Völkerbundsrat etwa gleichstehend — hat seine 29. Genf seine 29. Sitzung unter dem Vorsitz seines Präsidenten Arthur Fontaine (Frankreich) beendet. Infolge der gleichzeitigen Tagung der Internationalen Konferenz waren diese Tagungen bisher Sonntags und nicht gemäßgemäßlich Deutschland nur durch Geheimrat Feig von Reichsarbeitsministerium vertreten.

Die Differenzen zwischen dem Faschistischen und nichtfaschistischen Teil der italienischen Arbeiterschaft scheint bei der Tagung der gewerkschaftlichen Gruppe weiter auf. Die Arbeitsgruppe, unter der sich drei italienischer Arbeiter befand, lehnte die Aufnahmeantrag des Staates zudem und die zwischen dem Generalsekretär und Mussolini und den faschistischen Verbänden getroffenen Vereinbarung, die von den Genfer Arbeiterdelegierten als mit der Genfer Protokoll vereinbar bezeichnet wurde. Der italienische Regierungsvertreter erklärte, daß die Frage bei Gelegenheit geklärt. Die Sache kommt vermutlich vor den Haag.

Direktor Thomas erstattete die Anerkennung des Dank für die Tagungsleitung seiner Dienst nach Wiedergutmachung, von der er acht Milliarden Goldmarks aus Gütte entbrachte — die ersten silbernen Fünfmarkstücke Wertbeständigkeit.

Durch Entschließung des Programms der Internationalen Arbeitskonferenz 1927 bis 1929 ist am 25. Mai erstmal werden soll, wurden für Arbeiten in Gruppen der Sozialen Krankenversicherung, bezahlte Urlaubsfragen, Arbeitsverhältnisse, Gewerkschaftsfragen, Abänderung eines Wohnbeitrages und Bericht über den Schutzen Industrien, Unfallversicherung. Der nächsten Konferenzen im Januar 1926 ist die endgültige Wahl vorbehalten.

Auf Grund der Beschlüsse der letzten Arbeitskonferenz wurde eine Enquete über die Arbeitsverhältnisse in allen die Schiffen sowohl hinsichtlich Arbeitszeit als dabei Ruhezeit. Ebenso wurde die Vorlage eines Berichts über die Entgegen, die Organisation der Kulturministerium, dessen Gast die Hochschule in den schönen Räumen am Schinkelplatz ist. Staatsminister Dr. Drews wies auf die Tatsache hin, daß Bayern bei neuen Bestrebungen mit den besten Wünschen bei Staatsministerium und der Zusage weiterer wirksamer Unterstützung.

Am Mittwochmorgen Feier stand der Festvortrag von Professor Dr. Onckens: „Betrachtungen über das politische Problem der Sicherheit in der europäischen Geschichte".

Onckens weitausgreifendes Referat unterstützte in einer Einleitung den Begriff der „Sicherheit", die für jeden Staat als die ursprüngliche Selbstverständlichkeit seiner Existenz gelte; für alle politischen Gebilde, die erzeugt sich hat, von Natur die Konstruktion eines Staates, von Plato bis Morus, für den große äußere Frage je und je gelöst erscheint. Die „Sicherheit" mit ihren militärischen, ihren innerpolitischen und ihren kombinierten Bezügen wie in der Staatengeschichte, konkret begriffen, wie sie sich in der Neuzeit, Bezug wußten treten, seit mit der europäischen Großtaatenbildung das Völkerrecht als politische Ausdrucksform des Staatenlebens sich entwickelt. Neben der allgemeinen Gesichtspunkte, wie Frankreich, Rußland, Polen, die Sicherheit fordert, treten als wirksame Tatsachen das konkretere Sicherheitsbedürfnis, als Beispiel zeigt Onckens die Generalstaaten auf Spanien, Frankreich und Spanien, Gründung Generalstaaten gegen Frankreich, unterstützen. Ganz anders aber die infinitive Politik gab dann auch Anlaß zu Kriegen, wie die Verschiebung der allgemeinen Machtverhältnisse auch Anlaß zu Kriegen gab, wie Spanien, Frankreich, Oesterreich, 1716 in spanische Nachfolge zu gewinnen, übernimmt auch das holländische Recht des Schutzes gegen Frankreich.

Die militärische Lage in China.

Am Dienstag Fortsetzung der Zollkonferenz.

Peking, 2. 11. (Sonderbericht der TMG.)

Die Entwicklung der militärischen Lage ist noch nur sehr schwer zu übersehen. Es ist Tatsache, daß die Honanstruppen haben bisher noch zu keinem Gefecht teilgenommen, es steht auch nicht so aus, als ob sie diese Absicht hätten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die Lage vorläufig nicht kritisch. Die mandschurischen Truppen haben sogar gegen Tschiang, Sun Chuanfang, Tschang Tschung-Tschang, Kleine Offensivoperationen unternommen. Es scheint, daß sie auch an der Tschekiang-Tschiangsu-Grenze, wo die Tschekiang-Truppen nördlich des Yangtse angriffen. Wu Pei-fu und seine Alliierten haben Sonntag Konferenzen, ob, aber sämtlich scheinen sie China Tsolin gute Aussichten zu geben. Die chinesischen Kriegen beginnen daher auch wieder Fuß zu fassen.

Die Zollkonferenz

hat noch nicht den Versuch gemacht, die Probleme zu besprechen. Bisher hat nur die chinesische Delegation ausführlich Ihre Ansichten, und die anderen haben etwas sparend ihre Vorschlägen fertig ausgearbeiten. Das erste Geschäft wird erst am Dienstag sein, wenn die Verteilung der Zölle und die übrigen Handelssteuern der Provinzen verzichten. Das soll aber verhindern werden durch die Verteilung der Zölle autonomie. Es ist vorgeschlagen worden, Provinzen innerhalb zehn Monaten vom Dezember an einen Bericht über ihre Zölle ihnen verschende System einzuholen. Danach soll eine Kommission eingesetzt werden, die das Recht hat, Zölle für die Provinzen aufgestellen werden kann, das aus der Aufhebung der verschiedenen Steuern entsteht. Die chinesischen Delegaten zur Einführung der Zollautonomie im Jahre 1929 zu erreichen. Amerika, England und einige andere Länder wollen aber erst Genauereres über die Einzelheiten der aufgestellten Provinzialsteuern wissen, bevor sie sich verpflichten. Japan ist bereit, die Autonomie zu bewilligen, falls China ein

allgemeines Zollsystem

annimmt, das aber den einzelnen Ländern die Möglichkeit lassen muß, für die Güter, an denen sie am meisten interessiert sind, durch besondere Verträge Vereinbarungen zu treffen. Dieser Plan scheint unsinnig für China, da einen hohen Schutzzoll haben, aber weniger für diesenigen, die wegen ihres geringen Zollsatzes bei den Verhandlungen nicht angehört werden.

Die Schwäche des chinesischen Vorschlags liegt darin, daß, wenn auch die chinesische Regierung sich bereit zeigt, die Autonomie zu gewähren, sie nicht dafür garantieren kann, durch besondere Verträge Vereinbarungen zu treffen. Dieser Plan scheint unsinnig für China, da einen hohen Schutzzoll haben, aber weniger für diesenigen, die wegen ihres geringen Zollsatzes bei den Verhandlungen nicht angehört werden.

Die Schwäche des chinesischen Vorschlags liegt darin, daß, wenn auch die chinesische Regierung sich bereit zeigt, die Autonomie zu gewähren, sie nicht dafür garantieren kann, durch besondere Verträge Vereinbarungen zu treffen. Dieser Plan scheint unsinnig für China, da einen hohen Schutzzoll haben, aber weniger für diesenigen, die wegen ihres geringen Zollsatzes bei den Verhandlungen nicht angehört werden.

Hausmarke-Coronas-Sortiment

Coronas kleine, versortiert, 11½ cm . . . . . 12 Pf.
Coronas mittel, versortiert, 13½ cm . . . . . 18 Pf.
Coronas grosse, versortiert, 13 cm . . . . . 18 Pf.
Coronas extra, versortiert, 15½ cm (s. Abbildg.) . 20 Pf.
Hervorragende, leichte Qualitäten!
Sämtlich in Kisten zu 50 Stück.

Hausmarke-Coronas-Sortimentskiste von obigen 4 Sorten zus. 50 St. enth., Preis der Kiste 6.— Mark.

OTTO BOENICKE
Hoflieferant — Gegründet 1879 unter Boenicke & Eichner
Französische Strasse 21 **BERLIN** Zweiggesch. Kochstr. 50
Merkur 5741/2 Dönhoff 6940
NEUES ZWEIGGESCHÄFT:
Bayerischer Platz 9
Ecke Innsbrucker Strasse. Fernspr.: Stephan 4397.
Illustrierte Preisliste kostenfrei.

Zigarren-Spezialmarke Großmeister
das außerordentlich beliebte, milde Sortiment.
Cabalieros, 11 cm . . . . . 15 Pf. | Cesares (siehe Abbildung) 13 cm . . . 30 Pf.
Ideales, 13 cm . . . . . 20 Pf. | Incomparables, 14 cm . . . . . 40 Pf.

Hausmarke. Coronas extra, ausgezeichnete, feine Qualität . . . . . 20 Pf.
Portofreie Zusendung innerhalb Deutschlands von M. 20.— an. — Postscheck-Konto Berlin 11470. — in Leipzig: Otto Boenicke G. m. b. H., Markt 14.

Großmeister CESARES (neu aufgenommen), hervorragend gute Qualität, 30 Pf. in der so beliebten Art des Großmeister-Sortiments . . . .

Gründung des „Deutschen Gymnastik-Bundes".

Seit einer Reihe von Jahren spielen sich auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung Kämpfe ab, die zu einer klärenden Entwicklung, vorzugsweise in den Kreisen der Engbeteiligten, geführt haben. Wie sich die Turnerei von Turnen und Spiel aus von wesentlich Verschiedenem erst langsam gebildet hat, so hat sich nun ein Drittes, von den beiden anderen grundsätzlich sich abhebendes Gebiet herausstellsichtet und auf eigene Füße gestellt: die rhythmische Gymnastik.

Gestern in Berlin ist „Deutsches Gymnastik-Bund" gegründet worden, in dem sich eine große Anzahl der bekannten Schulen der rhythmischen Gymnastik (Kallmeyer, Menzendieck, Gindler, Bode, Loheland, Laban) zu einer gemeinsamen Interessenvertretung zusammengefunden haben.

Diese Neubildung ist in dem großen Kampfe auf dem Gebiet der körperlichen Erziehung sehr wichtig. Denn bisher stand Turnen und Sport grundsätzlich zu unterschiedende Auffassung zu einem Kotter gemorden, an dem die beiden anderen Gebiete bisher im öffentlichen Leben die Richtung und Grenzen der zu treffenden behördlichen Maßnahmen ausschließlich bestimmten, wobei mit ihnen verbundenen Nachteile können. Wenn zu auch das Streben des neugebildeten Bundes schwierig das sein wird, allein und ausschließlich das Feld zu behaupten, so ist er doch nunmehr beanspruchen dürfen, zu der Weiterentwicklung unterrichtlicher Formen körperlicher Erziehung mit beizutragen zu werden.

Diese Entwicklung ist deshalb mit Freude zu begrüßen, weil man endlich einmal damit in all jenen Dingen, die Turnen und Leibesübungen Bug kommen wird. Denn im Gegensatz zu der turnerischen Uebung, die, vom Kräuteren ausgehend, Gymnastik und Sport, die, vom Geist aus, und zum Sport, der eine leistungsfähige Gelenkigkeit aber Kraft erzielen will, verfolgen sämtliche Systeme der rhythmischen Gymnastik eine Pflege körperlicher Statik und Bewegung her den ganzen Menschen zu einem lebendigen, instinktiv und funktionsgerechten, aufrechten und zugleich seelisch ausbalancierten und beherrschten Wesen zu erzielen, dessen körperseelische Produktionskraft in Freiheit, ungehindert und ohne sichtbare bedingter Entwicklung zu wachsen imstande ist.

Wenn man unseren in den wesentlichen Zügen immer noch sehr überlieben Turnbetrieb ansieht, wird man zugeben müssen, daß hier eine überaus einschneidende Frage der Kultur aktuell wird, nämlich die Erhaltung und Pflege lebendiger Leibesübungen des Menschen, die bisher nur eine private ideelle Sache gewesen ist.

Die „rhythmische Gymnastik" betont als primäre Forderung den Aufbau dieser Erziehung von der naturgegebenen Körperlichkeit her. Deshalb hat sich auch in entschiedener Folgerichtigkeit das System, von dem ursprünglich der Name kommt, die Methode Jaques-Dalcroze als richtet in diesen Rahmen gehörig herausgehoben. Die Anhänger des genialen Genfer Musikers führen es selbst, daß ihr Weg über der einen Gymnastik über Jörden, im wesentlichen aber musikalischen Erziehung ist, als der einer auf den rhythmischen Elementen der körperlichen Bewegung aufbauenden Freiungen menschlicher Kräfte. Und so werden wir uns von nun an gewöhnen müssen, statt „rhythmischer Gymnastik" nicht mehr das zu verstehen, was bisher unter der Leitung von Jaques-Dalcroze in Hellerau geübt wurde, sondern eben jene obengenannten Systeme — wenn man so sagen will, die auf gleichen Grundlage unter primärer Berücksichtigung Körper-rhythmischer Bewegung aufbauen.

Es ist begrüßenswert, daß sich der Gedanke des „Deutschen Gymnastik-Bundes" das sei gleich hervorgehoben, nicht um eine Ausschaffung oder Zerstörung der bisher bestehenden Auffassungen und Meinungen über den Weg, dieses eine große Ziel des lebendigen Körpers zu erreichen, sondern um eine Vereinigung unter Zuhilfnahme aller Auffassungs- und Meinungsfreiheit. Die Zeit einer Gymnastik scheint noch im weiten Felde zu liegen, ja, wird vielleicht niemals sich ernstlich lassen, da die verschiedenen Auffassungen von verschiedenen Richtungen her, bald mehr vom Physischen, bald mehr vom Funktionellen, bald von Künstlerischen aus, ihre Wege beschritten haben.

Mit dieser Gründung ist nun aber schon ein großer und bedeutsamer Schritt auch innerhalb der Gymnastikanhänger getan. Wenn man zurückblickt auf die Entwicklung der letzten Jahre, so kann man feststellen, daß die Auffassungen über die überaus verschiedengearteten Zeile sich mit überraschend großer Schnelligkeit vollzogen hat. Wer mehr eine beim Aufgangen des Weltbrandes von all diesen Dingen, die heute die Gemüter von Hundertausenden erfüllen? 1922 erst konnte man den Schritt mit Leuten, die auf „Zentralstelle für Erziehung und Unterricht" veranstaltetten Körperzeugungstagung eine Reihe von Systemen in die Erscheinung treten sehen. Es ist in den folgenden Jahren war von einem gemeinsamen Vorgehen all dieser Beteiligten noch nichts zu verspüren, bis eine Gruppe von Leuten, die sich um die Frau in diesen Jahre allen Beteiligten die Augen öffnete und ihnen zeigte, daß es höchste Zeit sei, einen Zusammenschluß zu suchen, wenn nicht verkehrte Auffassungen Platz greifen und unheilsame Konkurrenzen der ganzen Bewegung einstreten sollten.

Nach vier Richtungen hin wird sich die Tätigkeit des Bundes in der ersten Zeit erstrecken: Man wird eigene Tagungen und Kurse veranstalten; man wird Vorführungen veranstalten; man wird im Rahmen großer anderer Tagungen mitwirken (so z. B. ist geplant eine Beteiligung an der Düsseldorfer „Gesolei" 1926 vorgesehen); man wird auf dem G

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Unpolitische Tagesschau.

Berlin, den 2. November 1925.

Hilf dir selbst!

— und du hilfst beim Preisabbau.

Preisabbau und Preisfestung spielen gegenwärtig im Volks- und Wirtschaftsleben eine gewisse Rolle, allerdings bei Hausfrauen aber auf dem Papier oder mündlich. Im Wirtschaftsleben, sie hilft nur bereitwillt und recht wenig, so daß die Hoffnung auf Verbilligung der Lebensführung enttäuscht ist. Aber die jeder Wirtschaftsleben Glückes Schuld ist, so kann es auch selbst dazu beitragen, abzubauen, seine Haushaltsbudgetlisten einzuschränken, seine Finanzen zu verbessern. Dazu gehören vor allem: Einfachheit in der Lebensführung, Sparsamkeit und Richtung auch der kleinsten Geldstücke.

Gesprochen und gefordert ist in dieser Hinsicht viel; jedem muß überlassen bleiben, die Lehren daraus zu ziehen, das Passende anzuwenden. Aber da machen nur zu oft Mangel an Selbstbeherrschung, Mode, Vergnügungsucht u. a. m. einen dicken Strich durch die Rechnung. Das Ergebnis dieser Unternehmungen in der Verbilligung der Haus- und Wirtschaftsführung läuft bedauerlicher auf den unbegründeten, längst veralteten Satz hinaus: es geht nicht! Reich, Staat, Gemeinden sparen, Lehren muß das bedeutungsvolle: Hilf dir selbst! entgegengehalten werden. Als alle Anangestellten Angestellteschwungen mit Wirtschafts- und Haushalten macht sich gegenwärtig, wie vor dem Kriege, das so schädliche Vorgummeln breit, obwohl weite Volkskreise Ersparnisse an Barzahlung gewohnt hatten. Kreditnot und sonstige schwere, wirtschaftliche Sorgen von Handwerk, Handel und anderen Erwerbsstandortsverhältnissen müssen fortgesetzt gegen den Schädling Borg kämpfen. Die Verkäufe und Vielerlei für Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs sind darauf angewiesen, ihre Auslagen und Leistungen sogleich beim Empfange bezahlt zu erhalten; Einzelne und Lasten haben eine fast unbeschreibliche Höhe erreicht. Nebenbei erschwert und verbittert das „Aufreiben" und Rechnungsschreiben der Betriebs. Deshalb muß die Geschäftswelt, besonders in Handwerk und Kleingewerbe, hart werden gegen die Borger. Die Wirtschaftsverbände müssen sich gegen das Borgunwesen zusammentun und vorgehen.

Der Borg ist besonders für das Familienleben und die Haushaltung unheilvoll, weil bei diesen Gewohnung plötzlich reichlicher, sondern auch wertvoller eingekauft und verbraucht wird. Den Schuldenzuwachs wird für lange Zeit eine drückende Schuldenlast aufbürden, die die Arbeitsfähigkeit, Kranktheit oder Unfall nicht abgetragen werden kann und nicht selten mit dem wirtschaftlichen und finanziellen Bankrott endet. Um den Borgen wirksam zu entgegenwirken, muß in großen wie in kleinen Haushaltungen ein Plan für Erwerbseinkünfte und wirtschaftliche Ausgaben aufgestellt werden, nach den gearbeitet, gelebt wird. Einnahmen und Ausgaben lassen sich auf längere Zeit übersehen, berechnen und ein Gleichgewicht bringen; guter Wille und sittliche Kraft müssen allerdings dabei helfen. Für das Volkswirtschaftsleben ist es von hohem Wert, den Borg mit diesen Maßnahmen zu beseitigen, im Keime zu ersticken. Um dahin zu gelangen, gibt es verschiedene Wege, vor allem: Wiederaufnahme der Sparsamkeit, Sparsamkeit, Einschränkung der Vergnügungssucht, Pflege des Familienlebens, genaue wirtschaftliche und öffentliche Haushaltungen auf Grund eines Voranschlages. Die Zeit hat auch sich in jeder Familie geändert. Geschäfte Abwechslung und Lebenswerte lehrt wirtschaften, haushalten, sparen.

Ganz besonders sollte es Aufgabe der Schule sein und Vereinigungen der Jugendpflege sein, gegen das Borgen zu wirken, durch Beispiel und Rechnungslehre die Kunst der Haushaltungsführung, Wirtschaftslehren und der Jugend einzupflanzen. Dieser Unterricht könnte einen zugehörigen Teil zu den in manchen Städten und Landgemeinden bereits bestehenden Haushaltungsschulen bilden; er würde den Anleitungen zum Kochen und Obstverbreiten die notwendige Würze, das Salz geben.

Bürgermeister a. D. Quehl, Halle a. S.

Pfarrerteilung in der St. Matthäuskirche.

Nordhem der bisherige 3. Pfarrer an der Matthäuskirche, in die durch Emeritierung des Superintendenten Israel erledigte 2. Pfarrstelle eingerückt ist, hat die Kirchenbehörde in der 3. Pfarrstelle den Pastor Dr. Theodor Wenzel in Reichenberg (Kr. Oberbarnim) berufen. Der neue Seelsorger, der im 31. Lebensjahre steht, wurde am Sonntag feierlich in sein Amt eingeführt. Den liturgischen Altardienst verrichtete Pfarrer Seffert, den Einführungsakt vollzog Pfarrer Schwenckler von der Zweiten französischen Kirche unter Assistenz der Pfarrer Seffert und Superintendent Israel. Pfarrer Dr. Wenzel hielt seinen feine Antrittspredigt.

Das Spandauer Zitadellengelände als Volkspark.

Das alte Festungsvorgelände Spandaus soll nach einem Abkommen zwischen der Reichswehr und der Spandauer Bevölkerung zu einem öffentlichen Parkanlage umgestaltet werden. Die Stadt Berlin pachtet das Gelände gegen eine geringe Summe und gestaltet es mit Gräben, und Wällen durchzogene, von Gemäuer der eigentlichen Zitadelle umgebene Gelände zu einem öffentlichen Park um, den der alte Baumbestand und die ähnliche Anlage über die Oberhand einen besonderen landschaftlichen Reiz verleiht. Zwischen Spandau und Hakenfelde ist immitten der Stadt eine ähnliche Erholungsstätte erhalten, sondern auch eine Freilichtbühne mit Sitzplätzen für eine 700 Zuschauer. Der Zuschauerraum wird von einer überdachten Pergola umschlossen, die bei schlechtem Wetter geschlossen werden. Das von der Stadt gepachtete Gelände ist 65 000 qm groß. Aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge sind bereits seit Anfang September die Umgestaltungsarbeiten im östlichen Teile des Zitadellengeländes im Gange.

Die Sachsen in Berlin.

Die Reichsbahndirektion Dresden veranstaltete in Verbindung mit dem Fremdenverkehrsbüro der Stadt Berlin eine Sonderfahrt Dresden—Berlin und Leipzig—Berlin, an der sich insgesamt über 3000 Personen beteiligten. Die Besucher trafen bereits am Sonnabend nachmittag auf dem Anhalter Bahnhof ein, begaben sich zunächst in ihre Hotels und verbrachten den Abend in der Städtischen Oper, im Lessingtheater, im Großen Schauspielhaus oder im Deutschen Theater. Sonntag vormittag beteiligte sich ein großer Teil der sächsischen Gäste an der Straßenrundfahrt durch Berlin und im Anschluß daran an dem Besuch des Zoologischen Gartens bzw. des Märkischen Museums, wozu beide Gruppen ein Mittagsmahl im Gesellschaftshaus der Freunde in der Potsdamer Straße vereinigte. Der Nachmittag fand zu freier Verfügung. Die Rückfahrt der Sonderzüge, die sich sehr amerikanisch über das Gesehene und die Vorbereitungen des Fremdenverkehrsbüro äußerten, erfolgte gegen Abend.

„Amazone"-Feier.

Am 3. November 1861 verließ die preußische Kreuzerfrigatte „Amazone" den Hafen von Bellingoro. Seitdem hat man nichts mehr von dem Schiff und seiner Besatzung gehört. Die „Amazone" ist, wie man annimmt, am 14. November 1861 bei einem Orkan untergegangen.

Zum Gedenken an die ersten Anfänge unserer Flotte veranstaltete der Verein ehemaliger Matrosen der Kaiserlichen und Reichsmarine E. V. am Sonntag eine Erinnerungsfeier. In der evangelischen Kirche des Invalidenhauses hielt Pfarrer Schröder (Potsdam) die Gedächtnispredigt. Die Jugend der alten Marine sei bekannt. Aber diese Jugend hob er hervor, war nicht geboren aus dem Geiste der Freiheit, sondern aus dem Geiste der Kraft und der Liebe. Nur auf dieser Grundlage konnte der Gesetzg des Colonel an der chilenischen Küste vor 11 Jahren erfochten werden. Der Geist der alten „Amazone" lebt auch in der neuen „Amazone", die vor 25 Jahren gebaut wurde. Pastor Schröder begrüßte dann die Teilnehmer des bevorstehenden „Amazone"-Kommandanten, Fräulein Olga Dermann, und den Verteidiger von Tsingtau, Bizeadmiral Meyer-Waldeck, der auch zu der Feier erschienen war. Ebenso wurde der Ältste in Berlin lebende Geschwister, Kapitän a. D. Hallerstein, von allen Kameraden herzlichst begrüßt. Die Reichsmarineleitung hatte sich durch Kapitänleutnant Paul vertreten lassen. Von der Besatzung der neuen „Amazone" nahm ein Leutnant mit einer Mann an der Feier teil. Im Namen der Jugend, von dem zum Gedenken an die verschollene Besatzung errichteten Obelisken, sprach dann Admiral Nagel. Eine Abteilung der Marineschule „Mecklenburg" hatte an dem Denkmal Aufstellung genommen. Nach den Reden wurden zahlreiche Kränze am Fuße des Denkmals niedergelegt. „Dennoch — Gesegnet ist not!" land auf der Schleife des Kranzes, der von dem Kreuzer ehemaliger Matrosen gespendet war. Und auf einem anderen: „Den untergegangenen Kameraden. Der Kreuzer Amazone."

Das Münchener Hofbräuhaus in Berlin.

Die Direktion des Münchener Hofbräuhauses hat unter Zustimmung des bayrischen Staates auf Grund der in Berlin von Richard Heinrich Fulan und Wilhelm Kaufmann Berlin Reitmann gepflogenen Verhandlungen beschlossen, in Berlin ein neues Münchener Hofbräu größten Formats im Neubau „Europahaus" gegenüber dem Anhalter Bahnhof unverzüglich zu erbauen. Damit erhält Berlin eine weitere weltstädtische Gaststätte und eine neue Sehenswürdigkeit. Der bayrische Staat will, wie es heißt, das neue Hofbräuhaus mit ganz besonderer Sorgfalt errichten.

Der Bau des Europahauses schreitet zügig fort. Augenblicklich wird nur an dem Ostflügel gearbeitet. Mit dem Weiterflügel (nach dem Potsdamer Platz zu) soll in nächster Zeit begonnen werden. Vorläufig ist man dort nach wie vor bemüht, der Bevölkerung die tägliche Halle beschäftigt. Auffällig ist, daß die Front an der Anhaltstraße im spitzen Winkel zu dieser Straße verläuft. Wie uns die zuständige Firma Bielenberg & Moser auf unsere Anfrage mitteilt, besteht tatsächlich die Absicht, einen Durchbruch nach der Kochstraße zu schaffen. Ueber das „wie" will die Firma noch keine näheren Angaben machen, da in dieser Richtung noch Verhandlungen im Gange seien.

So sehr ein Durchbruch nach der Kochstraße im Interesse der Verkehrsentlastung zu begrüßen wäre, so erscheinen sich gegen alle Pläne Protest erheben werden, die vielleicht darauf hinauslaufen könnten, das architektonisch wundervolle Haus Prinz in Frage stehen. Mit einer solchen Baudenkmalschändung wäre der Durchbruch nicht der Kochstraße zu teuer bezahlt.

Gesellschaftsabend des Flottenbundes Deutscher Frauen.

In den Räumen des Hotel Esplanade ausgestellt sich am Sonnabend ein bunt bewegtes Gesellschaftsbild. Festlich gekleidete Paare flutenen auf den breiten Treppe auf und nieder. Ihnen im Festsaal und unten auf der Diele wurde beim Klange von zwei Kapellen eifrig gesungen. Die beiden Vorsitzenden der Ortsgruppe Berlin, Frau v. Trittwitz und Frau Admiral Gebhardt, empfingen die Gäste. An einem Tisch sah man Frau v. Sydow und Major v. Hindenburg mit Gemahlin, an einem anderen Frau Stresemann. Von Ausländern waren die Prinzessin zu Wied, Admiral Brüninghaus und Frau, Herrn und Frau v. Geiß, Frau Colona, Frau Goodson, Frau v. Grant, Frau Philipp, Professor Herr Hybrin und Frau, Frau Ulhemann. An der sehr schön aufgebauten Zombola walteten Frau Stresemann und Frau Admiral Gebhardt. Es wurden die Gaststätten geschlossen und Kammerjunger Egenleff trug mit seinem weichen Tenor eine seiner wohlgefallenden Vorträge, darunter das Lieber von Hugo Wolf vor, unter denen „Verborgenheit" besonders lebhaften Beifall auslöste. Auch der „Adjutant" von Hans Sachs gefiel dreifach. Dann widmete man sich bis zum Schluß des Festes dem Tanz. Es gab zwischen so solcher Gedränge, daß die Bowle sich nur langsam fortbewegen konnten. Man sah besonders viel junge Mädchen und zahlreiche Mitglieder der ehemaligen Marinefrauen.

Französische Totenfeier auf dem Garnisonfriedhof.

Auf dem Garnisonfriedhof in der Hasenheide veranstaltete ist gestern die Jahrfeier der französischen Kolonie in Berlin zu einer schlichten Feier zum Gedächtnis der in Deutschland während des Krieges gefallenen französischen Soldaten. In Vertretung des zurzeit in Paris sich aufhaltenden französischen Botschafters de Margerie hielt der französische Konsul in Berlin die Gedenkrede und legte an den Gräbern zwei Kränze nieder.

300 000 Mark unterschlagen.

Wegen Unterschlagungen wurde der Beamte Linow der Baugenossenschaft Deutscher Landwirte in Berlin verhaftet. Unregelmäßigkeiten, die vor einigen Tagen aufgedeckt wurden, hatten der Direktion der Gesellschaft Anlaß gegeben, eine allgemeine Kassen- und Büchervision vorzunehmen. Hierbei ergab sich, daß Linow, dem man bisher das größte Vertrauen entgegenbrachte, heute raffinierte Scheckfälschungen gegen 300 000 Mark unterwegs hatte. Linow wurde in seiner Villa in Neubabelsberg verhaftet. Er gestand die Verfehlungen ein, bestreitet aber, Helfershelfer gehabt zu haben, während die Kriminalpolizei der Ansicht ist, daß er Mitwisser gehabt hat.

Das Verfahren gegen die Frontbann.

Der Bernehmungsrichter im Polizeipräsidium, dem die verhafteten Mitglieder des Berliner Frontbanns vorgeführt wurden, hat bei der sieben der Festgenommenen die Haftbefehle bestätigt, während zwei auf freien Fuß gesetzt wurden. Der Verdacht der Geheimbündelei richtet sich gegen die verhafteten Frontbannmitglieder auf die in dieser Organisation bestehende Verpflichtung zu unbedingtem Gehorsam gegen die Führer.

Schreckenstat einer Irrsinnigen.

ric. Augsburg, 2. 11. (Eigenbericht.)

Eine Schreckenstat trug sich in der Dorfschaft Ried bei Simbach am Inn zu. Der Gastwirt Werninger war mit seiner Frau in einem benachbarten Dorfe auf einem Hochzeitsfest. In seiner Abwesenheit mischte zu Hause in einem Anfall von Wahnsinn die Magd Gifte in den von ihr zubereiteten Tee, den sie dann den Kindern des Wirtes zum Genuß reichte. Als die Eltern zurückkehrten, fanden sie ihre beiden Kinder tot zusammen auf einer Bank liegend auf. Die Magd wurde bewußtlos aufgefunden. An ihrem Aufkommen wird gezweifelt.

Raubüberfall im Eisenbahnzug.

In einem Frühzuge, der von Prodlitzka nach Ludwigshafen fuhr, wurde ein Raubüberfall verübt. Während der Fahrt sprang in das Abteil II. Klasse von außen ein junger Mann herein, hielt dem einzigen Insassen, einem Hauptmann aus Berlin, eine Pistole vor die Brust und forderte Geld. Der Ueberfallene trug seine Waffe bei sich und hielt sie gut zu raten, sich dem Verlangen des Räubers zu fügen. Nachdem er dem Menschen 25 Mark gegeben hatte, verließ dieser wieder das Abteil und sprang aus dem fahrenden Zuge. Der Räuber wurde, einem Eisenbahner zufolge, bei Uhlstadt nach einem Kampf, bei dem er Stockschläge erhielt, festgenommen und als ein Kaufmann Schmidt aus Schweinfurth ermittelt.

Fund aus germanischer Vorzeit.

Bei Tiefbauarbeiten in Bergheim an der Sieg wurde in einer Tiefe von 1,50 Meter ein fränkisches Grab blosgelegt, in dem sich Schädel- und Röhrenknochen, Tonkrüge und Schalen, ferner ein fränkischer Kunstschmuck und ein Dolch befanden. Ein Krug mit Schale und das Schwert sind sehr gut erhalten. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt.

Aus Mörderhand gerettet.

Selbstbezichtigung eines Unholds.

Mit einer schweren Selbstbezichtigung meldete sich der 22 Jahre alte Arbeiter Erich Fulan im Berliner Polizeipräsidium. Er gab an, daß er in Walde bei Köpenick ein kleines Mädchen getötet habe. Die Kriminalpolizei hat daraufhin sofort veranstaltete mit Spürhunden eine ausgedehnte Suche durch den Wald. Als nach stundenlangen Suche durch den Wald. Als nach stundenlangen Suche nichts Verdächtiges gefunden worden war, brach man die Streife ab. Da auch kein Mädchen auf das Fulans Angaben zutreffen konnten, als wirklich gemeldet wurde, bestand man, ihn nach Köpenick zu holen, um sich von ihm die genaue Stelle zeigen zu lassen. Aber auch diesmal verfehlten alle Nachforschungen ergebnislos. Da der junge Mann angegeben hatte, daß er das Mädchen in der Bäckerstraße angesprochen habe, begab man sich dorthin, um, von Haus zu Haus gehend, die Ermittlungen aufzunehmen. Es sammelte sich bald eine große Menschenmenge an, in der es bekannt wurde, welches Verbrechens sich Fulan beschuldigt hatte. Da die Stimmung immer drohender wurde und eine Lynchjustiz zu befürchten war, mußte Fulan unauffällig in das Köpenicker Polizeiamt gebracht werden.

Eine in der Bäckerstraße angesprochene Frau wurde durch den Tumult aufmerksam und ging auf die Straße, um sich nach der Ursache zu erkundigen. Als sie erfuhr, um was es sich handelte, fiel ihr ein, daß ihr fünf Jahre altes Töchterchen am Sonntag abend ebenfalls spurlos verschwunden gewesen war. Sie machte der Kriminalpolizei davon Mitteilung. Bei einer Gegenüberstellung mit Fulan erklärte sie, daß es sich um ihr Kind handelte. Fulan bestieg das Mädchen mit seinem Bruder auf der Straße getroffen, die Kinder mit Schokolade bestechend und in den Wald gelockt. Hier schlug er den Knaben zurück und blieb mit dem Mädchen allein. Wie er zugibt, hatte er den festen Plan, das Kind zu töten. Er hatte sein Opfer auch bereits am Halse gepackt und würgte, als er in der Nähe Spaziergänger hörte. Er ließ er von dem Kinde ab und flüchtete. Zu sich das Kind nicht mehr bewegt hatte, nahm er an, daß es tot sei. Er kam nach Berlin zurück und stellte sich selbst. Glücklicherweise hat sich das Kind wieder erholt und keinen gesundheitlichen Schaden davongetragen.

Bei der weiteren Untersuchung des Falles ergab sich, daß die Selbstbezichtigung Fulans der Wahrheit entspricht. Der Mörder ist inzwischen verhaftet und hat an seinem Opfer einen Lustmord verübt. Es handelt sich um die 12 Jahre alte, aus Berlin stammende, jüngst in Köpenick ansässig gewesene Hilda Kleinfeld aus der Forster Straße und den Gielsen von einer vangierenden Lokomotive erfaßt. Kleinfeld trug Verletzungen davon. Außerdem wurde ihm die Bauchschlagader aufgerissen, so daß der Tod bald nach dem Unfall eintrat. Die Schuldfrage ist noch nicht geklärt.

Dachstuhlbrand.

Aus noch unbekannter Ursache geriet am Sonntag abend der Dachstuhl des Hauses Kaiserstraße 17 in Brand. Es brannte bald nicht mehr. Die Feuerwehr erstickte das Feuer mit drei Zügen und löschte nach 1½ stündiger Tätigkeit den

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Volkswirtschaftlicher Teil.

Eisen- und Stahlwerk Hoesch A.-G., Dortmund.

Der Bericht für das am 30. Juni 1925 abgelaufene Geschäftsjahr betont, dass die Gesetzmässigkeiten durch die Steuerpolitik stark erhöht wurden. Die Steuerbelastung — ohne Berücksichtigung der Umsatzsteuer — betrug das 3,39 fache der Vorkriegszeit. Für das Dortmunder Hüttenwerk nebst Dortmunder Zechen macht sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2,55 % des Gesamtbetrages aller ausgestellten Rechnungen aus, gegenüber 1,31 % vor dem Kriege; auf den Kopf jedes angestellten Arbeiters entfiel ein Steuerbetrag von 196,73 M. gegen 75,86 M. vor dem Kriege. Die neuen Steuergesetzestrugen dem wirtschaftlichen Erfordernissen nur ganz ungenügend Rechnung. Die Steuerpolitik wirkte sich bei der Gesellschaft um so empfindlicher aus, als sie gezwungen war, ihren Bestand an Vorräten, Rohmaterialien, Halb- und Fertigfabrikaten, der ihr durch die Altmarkpreis seitens der Besatzung eingenommen worden war, im Interesse einer geordneten Betriebsführung zu ergänzen. Für die abgeführten Materialien wurde durch das Reich nur ein Teil des Wertes erstattet; Schäden allgemeiner Art fanden überhaupt keine Berücksichtigung. Infolgedessen erwuchs der Gesellschaft nach Abzug des vom Reiche erstatteten Betrages ein bleibender Verlust von mehreren Millionen Mark. Das Ergebnis wurde ferner noch durch die Frachtpolitik und durch die Lohnzwangswirtschaft ungünstig beeinflusst. Unter diesen Umständen konnte ein Ergebnis, das die Ausschüttung einer Dividende gestattete, nicht erzielt werden. Nur unter Durchführung strengster Sparmassnahmen innerhalb der Interessengemeinschaft mit dem Köln-Neuessener Bergwerksverein war es möglich, den Vornahme von unbedingt gebotenen Abschreibungen von 6,31 Mill. M. einen Gewinnvortrag von 779 262 Mark auszuweisen. Zusammen mit Köln-Neuessen wurde ein langgehegter Plan, in der Vereinigung der Erzeugnisse unserer fortschrittlichen, durch die Angliederung der Edelstahlwerke von Eicken in Hagen durchgeführt. Hierdurch ist die Lieferung des Eigenbedarfs an Edelstahlen und die Versorgung der Drahtseilerei in Dortmund mit besonders hochwertigen Stahlbrähten für Förderseile durch die Firma Eicken u. Co., die in diesen Produkten Weltruf besitzt, sichergestellt, und der beabsichtigte Bau eines eigenen Edelstahlwerkes vermieden worden.

Die Förderung des Eisensteinbergwerks Eisenzecher Zug betrug 174 966 (i. V. 86 297) t. Die Kohlenproduktion der Dortmunder Zechen stellte sich auf 1 231 773 (600 070) t, die der Zeche Hansa Leopold in Hervest-Dorsten, auf 474 955 (339 705) t. Die Dortmunder Zechen hatten daneben eine Kokserzeugung von 609 995 (245 981) t. Die Produktion der Hochofenanlage betrug 502 570 (172 189) t, die der Stahlwerke 738 887 (258 008) t.

Zu der Bilanz wird bemerkt, dass die Fertigstellung der von dem Ruhreinbruch begonnenen Um- und Neubauten eine Anspannung der geldlichen Lage nicht vermeiden liess. Dies äussert sich in dem starken Rückgang der Schuldner von 27,45 in der Zeitfrauschbilanz auf 19,71 Mill. M. Gläubiger, in denen noch ein Betrag für streitige Aufwertungsansprüche (dessen Höhe nicht angegeben ist) sowie 4,7 Mill. M. Verschüsse von Köln-Neuessen enthalten sind, haben sich von 30,95 auf 28,99 Mill. M. etwas verringert. Die Konto „noch nicht abrechnungsfähige Verpflichtungen" von 9,27 Mill. M. wurde aufgelöst und auf Schaffung folgender Rücklagen verwendet: Hochofenerneuerung 4,5 Mill. M. Wertschäden 3,5 Mill. M., Aussenstände 2,5 Mill. M., Wohlfahrtsfonds 2 Mill. M. Insgesamt wurden also diesen Rücklagen 15,5 Mill. M. zugeführt, das sind 6,23 4,95 Mill. M. mehr als das aufgelöste Konton betragen hat. Dieser Mehrbetrag war zum Teil als Rückstellungen unter Gläubigern verbucht. Bergwerkslangen stehen nach 1,35 Mill. M. Abschreibungen kaum verbucht mit 29,55 (29,80) Mill. M. zu Buche. Dagegen haben sich Hüttenwerke und Fabrikanlagen nach 4,96 Mill. M. Abschreibungen erhöhlich auf 50,22 (43,63) Mill. M. erhöht. Dauernde Beteiligungen sind von 8,93 auf 10,75 Mill. M. gestiegen. Vorräte haben sich gleichfalls vermehrt, und zwar von 5,15 auf 11,46 Mill. M. Ein Vergleich über diese Bilanz gibt der Geschäftsbericht selbst ab. Ueber das laufende Geschäftsjahr wird nämlich gesagt, dass sich die Aussichten nur schwer beurteilen lassen. „Jedenfalls ist zugegeben, sich für, noch schwierigere Zeiten zu rüsten; dem trägt die Bewertung in der Bilanz Rechnung."

Mannesmann-Mulag (Motoren- u. Lastwagen-A.-G.), Aachen.

Mit Rücksicht auf Meldungen über die Verbindung Mannesmann-Mulag A.-G. mit den Fahrzeugwerken A.-G. erklärt die Verwaltung der Mannesmann-Mulag: „Es entspricht den Tatsachen, dass zwischen unserer Firma und den Fahrzeugwerken bereits vor 1½ Jahren und auch vor etwa 2 Monaten Verhandlungen wegen Uebernahme der Fahrzeugwerke durch uns geschwebt haben. Diese Verhandlungen sind indessen resultatlos verlaufen und es hat schon lange bei uns keinerlei Absicht, einer Fusion näherzutreten. Unrichtig ist die Nachricht, dass irgendwelche Lieferungsverträge zwischen uns und Fahrzeugwerken bestehen. Es besteht keinerlei Verpflichtung der Mannesmann-Mulag den Fahrzeugwerken gegenüber. Unser Besitz an Fahrzeugwerken ist im Verhältnis zum Aktienkapital von Fahzeugwerken sehr gering und steht ausserdem verhältnismässig niedrig zu Buch. Ein nennenswerter Verlust aus diesem Aktienbesitz entsteht mit Rücksicht auf den niedrigen Gesetzungspreis der Aktien der Gesellschaft nicht. Der weit grössere Teil der in unserer Bilanz per 31. Dezember 1924 ausgewiesenen Beteiligungen in Höhe von 603 201 R.-M. erstreckt sich auf Werte anderer Unternehmungen. Die Beschäftigung unseres Unternehmens hat in den letzten Wochen zugenommen, ist aber noch immer als befriedigend zu bezeichnen mit Rücksicht auf die allgemeine Lage der Industrie. Auswärts schweben geschäftsbezügliche Verhandlungen wegen Hereinnahme grösserer In- und Auslandsaufträge. Unsere Verkaufsgesellschaften in In- und Auslande ist derart ausgebaut, dass der Absatz unserer heutigen Produktion jederzeit gewährleistet erscheint."

Deutsche Maschinenfabrik A.-G., Duisburg.

Die Verhandlungen der Deutschen Maschinenfabrik A.-G. mit den Fabrikwerken Schiess und den de Fries-Werken sollen sich dem Abschluss nähern. Bekanntlich gehören die Aktienmajoritäten der Schiess und der de Fries-Werke der Demag. Ebenso ist die Demag im Aufsichtsrat beider Gesellschaften vertreten. Nunmehr will man eine noch engere Verbindung, vor allem für den Verkauf der Gesamtproduktion, beiderseitig herstellen, um hierdurch Ersparnisse zu erzielen. Ob damit eine Firmenänderung verbunden ist, steht vorläufig noch nicht fest.

Steiger A.-G., Burgstädt.

Die Generalversammlung erhöhte der Vertagung, da die in dem bekannten Prozess unterlegene Adenauer-Gruppe unter Berufungen auf § 254 HGB. den Antrag stellte, die Beschlussfassung über die Papiermarkbilanz für 1923 auszusetzen. Die nächste ordentliche Generalversammlung findet am 8. Dezember mit der gleichen Tagesordnung statt.

Verspätete Reichsmarkumstellung.

Die Magdeburger Versicherungs-Vermittlung A.-G. beruft eine Generalversammlung auf den 16. November, der neben der Geschäftsumstellung auch die Regularisierung der Annehmigung der Goldmarkeröffnungsbilanz und die Zusammenlegung der Aktien obligt.

Deutsche Libbey - Gesellschaft, Gelsenkirchen.

Zur Gründung dieses Unternehmens schreibt uns der Europäische Verband der Flaschenfabriken G. m. b. H. i. Liqu., Düsseldorf: Die Deutsche Libbey-Owens-Gesellschaft ist eine Gesellschaft zur Ausbeutung des Libbey-Owens-Verfahrens; dieses ist ein Verfahren zur Herstellung von Fensterglas, nicht von Flaschen. Die in Gelsenkirchen unter Mitwirkung der Zeche Hansa errichtete Fabrik wird also keine Flaschenfabrik sein. — Das Owens-Verfahren zur Herstellung von Flaschen befindet sich nach wie vor in den Händen des Europäischen Verbandes der Flaschenfabriken bzw. seiner Lizenznehmer. Vertragliche Abmachungen mit dem Europäischen Verband der Flaschenfabriken schliessen eine Konkurrenz seitens des Owens-Konzerns in Deutschland aus.

Arbeitsgemeinschaft Iduna-Hovad.

Die Versicherungsgesellschaften der Iduna-Gruppe haben sich mit denen der Hovad-Gruppe zu einer Art Arbeitsgemeinschaft für bestimmte Versicherungszweige verbunden. Für beide Gruppen hatte sich bekanntlich vor einiger Zeit der Michael-Konzern interessiert. Besonders in der Transportversicherung ist planvolles Zusammenarbeiten beabsichtigt, um Vereinfachungen und Ersparnisse zu erzielen.

Valutamarkt.

Berliner Devisen	Diskontsatz	2. 11. Geld	2. 11. Brief	21. 10. Geld	21. 10. Brief
Buenos Aires	12	1,734	1,738	1,724	1,728
Japan	7,3	1,743	1,747	1,743	1,747
Konstantinopel	9	2,363	2,375	2,363	2,375
London	4,5	20,321	20,371	20,324	20,374
New York	4½	4,195	4,205	4,195	4,205
Rio de Janeiro	8½	0,627	0,629	0,630	0,630
Amsterdam	4½	168,02	168,42	168,79	169,21
Brüssel-Antwerp.	5½	19,02	19,06	19,02	19,06
Italien	7½	20,39	20,43	20,39	20,43
Danzig	9½	80,65	80,85	80,65	80,85
Reichsmark	4½	4,2035	4,2135	4,2035	4,2135
Italien	7½	16,40	16,44	16,603	16,648
Jugoslawien	9½	7,43	7,45	7,43	7,45
Kopenhagen	5½	104,88	105,21	105,01	105,28
Lissabon	9	21,175	21,225	21,175	21,225
Paris	6½	17,66	17,70	17,62	17,66
Prag	9½	12,426	12,446	12,426	12,446
Schweiz	3½	80,80	81,00	80,84	81,04
Spanien	6½	69,105	69,245	69,105	69,245
Tschechoslowakei	9½	60,57	60,71	60,57	60,73
Budapest	7	112,24	112,52	112,09	112,37
Wien	7½	0,968	0,970	0,968	0,970
Wien Allgemein	7½	0,963	0,977	0,963	0,977
Athen	10½	5,54	5,56	5,58	5,60
Bukarest	9	4,197	4,207	4,197	4,207
Bulgarien	9	4,255	4,265	4,255	4,265

Kurse in R.-M. für 1 Pfd., 1 Dollar, 1 argent. Peso, 100 Kronen, 100 span. Kronen, übrigen je 100 Einheiten.

Der Usanzenhandel verlief unter dem Einfluss der bekannten Ereignisse Feiertage sehr still. Veränderungen waren kaum zu verzeichnen, zur London-Schweiz-Arbitrage ist zu sagen, dass London regen Kauf 4,8440, gegen Paris 115¾, gegen Kopenhagen 1937½, gegen Oslo 85,73. Man kaufte London-Paris 115¾, London-Madrid 30,50 Pesetas, London-Zürich 1,2656¼.

Am Geldmarkt hat sich die Nachfrage nach Tagesgeld etwas verringert; der Satz ermässigte sich daher leicht auf 10—11 %, Monatsgeld 10 bis 11½ %.

Am Privatdiskontmarkt wurde die Notierung für kurze Sichten um ¼ auf 7 % herabgesetzt, so dass nunmehr beide Sichten 7 % notieren. Das Geschäft ist ausserordentlich klein.

Verlängerung der Geschäftsaufsich bei der Aga geplant.

Nachrichten, die in den letzten Tagen in der Presse erschienen sind, deuten darauf hin, dass in dieser Woche eine öffentliche Gläubigerversammlung der Aga stattfinden soll, sind nach unseren Informationen unrichtig. Am Freitag, den 6. d. M., wird lediglich eine nicht öffentliche Gläubigerbeiratssitzung abgehalten werden, in der man wahrscheinlich eine Verlängerung der Stundungsfrage beantragen dürfte. Kommerzienrat Manasse, der zusammen mit Bücherrevisor Wunderlich dieser Tage die Prüfung der Geschäftsaufsicht bestellt wurde, hat nunmehr, nachdem der letzte Status der Treuhand-Revisionsgesellschaft als aktiven Bilanzbild der Aga ergeben hat, noch einmal im Interesse aller Beteiligten den Bankenkonsortium einen Vorschlag gemacht. Er will das jetzt noch 6,6 Mill. M. betragende Aktienkapital im Verhältnis von 2:1 zusammenlegen, durch diese Kapitalsherabsetzung die Bankenkonsortialposten der Aga bereinigen und das Kapital der Aga dann erneut um 8,8 auf 6,6 Mill. M. erhöhen. Nach seinem Vorschlag sollen die Banken dem neuen Kapitalerhöhung bar voll übernehmen, erhalten aber von den alten Aktien der Aga 3 Mill. M. (das heisse also nach der Zusammenlegung 2 Mill. M.) gratis als Gegenleistung, so dass dann der Gesamtbesitz des Bankenkonsortiums an Aga-Aktien nur mit 60 % bei den Banken zu Buche stände. Ferner müssten die Banken noch 3 Mill. M. vorläufig, gegen spätere Hypotheken auf die Liegenschaften der Aga. Dies Möglichkeit ist dadurch gegeben, dass ein Teil der Liegenschaften der bisherigen Hypothekengläubiger mit diesem Plan einverstanden erklärt haben. Sollten diese Vorschläge Banaasse nicht gefallen, und wird es abgeriert werden, so würde die mit der Aga fusionierte Dinos Automobilwerke A.-G. sofort verkauft werden, um der Zeite den Bankenkonsortium sofort zur Verfügung gestellt werden. Gläubiger haben auch für den Fall einer neuen Sanierung an einer weiteren Stundung ihrer Forderungen bereit erklärt.

Auf jeden Fall hat die seinerzeitige Verhängung der Geschäftsaufsicht den Gläubigern insofern grosse Vorteile eingebracht, als die aufsichtsführenden Personen zunächst einmal die gänzlich unübersichtlichen akzientechnischen Verhältnisse bei der Aga geklärt haben. Die dabei gefundenen, in Dinos-Werke formell gasn Dr. Edmund Stinnes persönlich, und erst durch die nachfolgende Eintragung ins Handelsregister sind die Gläubiger der Aga an dem wertvollen Besitz der Dinos beteiligt. Eine weitere Verbesserung des Aga-Status wurde dadurch erreicht, dass sämtliche bei den Werk Kaiserslautern fabrikate fertiggestellt und gegen bar verkauft wurden.

Braunkohlen- und Brikett-Industrie A.-G. (Bubiag), Berlin.

Im 30. Juni 1925 beendete Geschäftsjahr erbrachte einen Rohertrag von 5,72 Mill. M., von dem Steuern und Ausgaben 1,33 Mill. M. allgemeine Unkosten 0,67 und Abschreibungen 1,75 Mill. M. erforderten, so dass ein Reingewinn von 2,18 Mill. M. verbleibt. Aus diesem selben, soll zunächst bereits kurz gemeldet, 10 % Dividende auf die Stammaktien und 7 % auf die Vorzugsaktien verteilt werden. Die Bubiag betrieb im Buche in Mill. R.-M.: Grundstücke und Kohlenfelder mit 7,76 (in der Reichsmarkeröffnungsbilanz 8,0), Kohlenbergwerke 0,66 (0,1), Bergwerkseigentum 0,05 (0,015), Werkanlagen 13,13 (12,12), Lokomotiven und Wagenpark 1,15 (0,09), Werkzeuge 3,18 (2,75), Vorräte 2,17 (2,38), Beteiligungen 0,15 (0,15), Aussenbestände 3,2 (3,55), Bauvorschüsse und Anzahlungen an die Gesellschaft 0,06 (0,09). Dem gegenüber auf der Passivseite bei einem Aktienkapital von insgesamt 20,04 Mill. R.-M. und 4 Mill. Reichsmark Rückstellungen u. a. für Nicht eingetragene Grundstückeschulden 2,02 (1,52), Zwischenrechnungen 1,11 (1,28). Im Geschäftsjahr 1924/25 ist zu sagen: Wenn der deutsche Braunkohlenbergbau unter der wirtschaftlichen Depression weniger zu leiden hatte, als die Fertigwarenindustrie, so lag das zum Teile daran, dass er im Einversländnis mit seiner Belegschaft die Preisverschlechterungen wieder eingeführt hat und dass er seine Produkte zu möglichst billigen Preisen hauptsächlich nicht der daraudeilgenden Industrie sondern dem Hausbrand zuführt. Die Betriebe der Gesellschaft blieben in der Berichtszeit von grösseren Störungen verschont. Es ist die Leistung und Schlagkraft der Friedensstand erreicht. Hierbei sorgte die überall durchgeführte Rationalisierung der Betriebe für den Ausgleich der höheren Brauntrieb, die infolge der mächtiger werdenden Deckerfordernisse nötig wurde. Bei den Verhandlungen zwischen Gewerkschaften Friedendorf, Marie an Hirschberg und Gesellschaft wurde

2. November 1925. Deutsche Allgemeine Zeitung Nr. 517. Beiblatt.

MFA Mikrofilmarchiv der deutschsprachigen Presse e.V.

Sport des Sonntags.

V. B. A. B.-Herbstsportfest.

Rüger Waldlaufsieger. — Berlin schlägt Dresden.

Dem Verbande Brandenburgischer Athletik-Vereine gelang es gelungen, durch seinen klassischen Herbst-Waldlauf und das 6. Städtebandballspiel Berlin gegen Dresden einen ansehnlichen Zuschauermenge nach dem alten Platz des S. C. Charlottenburg am Stadion Hüttenweg zu locken.

Der Lauf war sehr hart gestellt. In der Hauptfolge nahm der Charlottenburger C. Mierbel bei nach dem Start in flotem Tempo die Spitze, ohne sich aber freimachen zu können. Beim Verlassen des Waldbodens am Bahnhof Grunewald, nach zwei Drittel der Strecke lag Mierbel noch immer knapp in Führung. Der Luckenwalder Rüger, der hier noch rund 100 Meter zurücklag, fand nun auf der Chaussee an der gelunten Spitzengruppe vorbei, in der Nähe des Bahnhofs Eichkamp und an Mierbel. Nur Wiese (B. S. C.) konnte der Schlußgeschwindigkeit des in 22:58,1 liegenden Rüger eingermaßen folgen und belegte den zweiten Platz vor Lehmann (B. S. C.), Wolf (Guttempler), Mierbel (S. C. C.), Kay (Bar Kochba), Schulze und Behrend (B. A. B.). Es brachte der Berliner Sport-Club, dessen Trio durch Nitsche und Zeppert ergänzt wurde, mit 18 Punkten vor dem S. C. Charlottenburg mit 32, Siemens 39, B. A. K. 41 und D. B. C. 44 an sich.

Alters- und Nichtverbandsläufer starteten gemeinsam über ebenfalls reichlich 6 Kilometer. Die Charlottenburger Hempel und Pohl erreichten in sehr frischem Zustande gemeinsam in 24:28,4 als Erste das Ziel. Als Dritter traf der siegreiche Nichtverbandler Römer (Adlershof) in 24:31,4 vor seinem Mitbewerber Ehrenfried (Mauerfeld) ein, dem als Fünfter der dritte Altersläufer Rathenow (S. C. C.) folgte, wobei der Sport-Club Charlottenburg mit 6 Punkten vor dem Post-Sportverein mit 15 einen sicheren Mannschaftssieg errang. In der Anfängerklasse gebrauchte Schöne (Neu Schulgenhof) nur 24:12. Den Mannschaftswettbewerb gewann der Neu-Schulgenhof B. C. vor dem B. A. K. 1 und dem Polizei mit 28 und Komet mit 37.

Die übrigen Klassen, in denen entsprechend kürzere Strecken zu durchlaufen waren, brachten folgende Ergebnisse: Knaben: 1. Preisel (Z. S. B. 23) 6:27,0, 2. Schmidt (Z. S. B. 60); Mannschaft: 1. Z. S. B. 1850 14 Punkte, 2. Komet 85 Punkte. Jugend B: 1. Brüd (Brandenburg) 13:54,2, 2. Nickenbach (D. M. S. C.); Mannschaft: 1. B. A. K. 92 36 Punkte. Jugend A: 1. Bulf (B. S. C.) 13:45,1, 2. Barth (Mesiaja); Mannschaft: 1. B. A. K. 23 Punkte, 2. Rüger 26 Punkte.

Im Städtebandballspiel Berlin gegen Dresden konnten die Vertreter der Reichssportschule nach spannendem, schönem Kampfe durch einen verdienten 9:5-Sieg (5:3) die letzte Niederlage wettmachen. Dresden spielte vielfach einmal glücklich: ein Mann wurde verletzt, mußte ausscheiden und wurde nach der Pause ersetzt. Gegen Schluß verlegten ein weiteres Mitglied. Berlin verdankt seinen Sieg hauptsächlich der Läuferreihe. Der Sturm kombinierte manchmal ganz viel. B. Wolf traute erst in der 3. Halbzeit auch noch dem Torwurf zu.

Das einleitende Frauenhandballspiel gewann Siemens 8:1 gegen den S. C. Charlottenburg, der zunächst in Führung gegangen war, sich durch Frl. Wittmann jedoch den Ausgleich gefallen ließ mußte. Nach der Pause, der S. C. C. hatte nur noch 10 Wetterleuten, fielen durch Strafwürfe die Siegestore für Siemens.

Die Leitung der Veranstaltung war sehr schleppend, die Resultatverkündung verzögert vollkommen. Der schöne Sportplatz hätte jedenfalls bessere Sorg von fünf deutschen Läufern über den international als gut bekannten Finnen Kay, half aber über manches hinweg. K. S.

Schülersportfest.

Die Schüler der höheren Lehranstalten Berlins hatten sich am Sonntag auf dem Tiergarten-Sportplatz zum 9. Sportfest zahl. Vielsammelt als bei den vorausgegangenen derartigen Veranstaltungen, doch muß man die Beteiligung noch immer als äußerst gering bezeichnen. Vielleicht war die vorgeschriebene Jahresfest nur der Hinderungsgrund für einen größeren Aufmarsch, denn eine so hervorragende Anlage wie die Hindenburg-Realschule bestritt die Sportwettkämpfe. B. Sch. nicht. Die Hindenburg-Schüler zeichneten sich besser im Sandgrad aus, wo sie in beiden Altersklassen den besten Durchschnitt aufwiesen. Den Einzelwettbewerb gewann Heyer (B. F. G. in Klasse I und B. Gill (Mommsen) in Klasse II. Die Schwedenstaffel brachte das Mommsen-Gymnasium an sich, mußte sich aber in der 20 mal 50-Meter-Staffel der Wengel-Realschule beugen. Trotzdem erhielt Mommsen den Ehrenpreis des Jugendamtes. Der Wanderpreis fiel mit 8 Punkten an die Kaiser-Friedrich-Schule gegen Hindenburg mit 7.

Vereins-Eierkampf im Kunstturnen.

Der von der Turngemeinde Kassel von 1844 am Sonntag zur Durchführung gebrachte Vereins-Eierkampf im Kunstturnen war ein voller Erfolg für den Veranstalter, denn die Kasseler Stadtelle war bis auf den letzten Platz besetzt. Sieger ging die Mannschaft des Turnvereins 1846 - Nürnberg mit 1146 Punkten herauf, vor ihrer Mannschaft Frankfurt mit 1092 Punkten vor Turn-Club Hannover mit 1065 Punkten und Turngemeinde Kassel von 1844 mit 1029 Punkten. Der beste Einzelturner war Buttmann-Nürnberg.

Dr. Diem spricht am heutigen Montag, abends 7½, im „Neuhof" Berliner Winterportclub (S. C. B. (Schlittschuh-Sektion 9 Gesellschaft der Freunde) über das Thema „Vom Sinne des Sports, insbesondere des Wintersports". Eintritt kostenlos. Gäste willkommen.

Rixle, Schlittschuhläufer. Der Deutsch-Amerikaner Wochenmuß, der in diesem Sommer verschiedentlich in Deutschland für den Berliner Sport-Club tätig war, ist wieder von Amerika zurückgekehrt und traf in New York in einem Zehnmeilenlaufen mit dem hervorragenden Finnen Nurmi zusammen, der in 58:06 Minuten gegen Wochenmuß und Hanigan die Oberhand behielt. Bei der gleichen Veranstaltung gewann der Amerikaner das Sechsmeilenlaufen in 54:55 gegen Weiß und Einhal.

Boxkämpfe in Gelsenkirchen.

Ein Schmidt geschlagen.

In der Gelsenkirchener Industriehalle gingen am Sonnabend abend Boxkämpfe vor sich, die etwa 3000 Zuschauer anzulockt hatten. Die Ueberraschung bot der Mittelgewicht Bruno Schmidt-Gelsenkirchen gegen den Schwarz-Weiß-Bremen, der von dem allerdings sehr unreinen Kämpfenden Reppel-Herne knapp aber deutlich nach Punkten geschlagen wurde. Der deutsche Halbschwergewichtsmeister Samson-Körner trat mit dem tschechischen Schwergewichtler Franz Neffe zusammen. Samson ließ den Tschechen in der ersten Runde stehen und brachte ihn dann in der zweiten Runde mit einem wuchtigen Rechten für die Zeit zu Boden. Die Leichtgewichtsausscheidung zwischen Willi Drechsel-Düsseldorf und Schell-Berlin wurde in der 7. Runde ohne Entscheidung abgebrochen, da beide Boxer Tiefschläge erhalten zu haben behaupteten. Drechsel hatte bei normalem Verlauf wahrscheinlich nach Punkten verloren. Tomkowitz-Essen erhielt in einem Acht-Rundenkampf gegen Antonowitsch-Bremen einen Punktsieg, wobei der Nichtsieger Antonowitsch, der überlegene Mayke-Bochum gegen Ewe-Essen in der 4. Runde wegen Tiefschlags disqualifiziert wurde.

Deutsche Siege in Oslo.

Der Oslo-Athletikklub hatte sich zu seinem internationalen Turnier die drei ausgezeichneten Kölner Amateure, den Meister Dübbers, Demmgörgen und Müller vom S. C. Colonia, verpflichtet, die sich schon im Juni in Norwegen durch ihre ausgezeichneten Leistungen die Sympathien der Norweger erworben hatten. Am Freitagabend traten die drei Deutschen in Oslo zum Kampfe gegen die norwegische Klasse an und konnten ihre Kämpfe durchweg gewinnen.

Der Weltmittelgewichtsmeister Müller setzte dem Norweger Hansen bei Beginn des Kampfes, bei dem bis zum Ende der zweiten Runde aufgab, Federgewichtsmeister Demmgörgen stand Wickelsen Gebrüder Schmidt-Punkten, während der Bantamgewichtsmeister Dübbers nach schwerem Kampfe gegen den harten Sigel Norman einen knappen Punktsieg davontrug.

Deutsche Amateurboxer in Kopenhagen.

Der internationale Amateurboxabend in Kopenhagen am Sonnabend brachte den deutschen Boxern nur Niederlagen. Federgewichtler Schwartz-Krefeld verlor durch Ausgeben, daß der 2. Runde aufgab. Europameister Müller setzte sich dem gegen Stang Wickelsen Gebrüder Schwartz-Krefeld derart überlegen, daß dieser

MFA
Mikrofilmarchiv
der deutschsprachigen Presse e.V.

Der Leser hat das Wort.

„Vergebliche Arbeit."

Mit großem Erstaunen habe ich an dieser Stelle die Ausführungen des Herrn Kontor-Eingelmann gelesen. Er meint, Verleger, Erfinder, Wohnungsvermittlungsbüros oder Vermieter, Spediteure, Geschäftsleute aller Art, Berufsvereine, Gesellschaftsleute aller Art, Berufsvereine, Gesellschaftsleute aller Art, Berufsvereine, Gesellscha